

Die Rückkehr des Nationalpopulismus in Österreich

Moreau, Patrick

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Moreau, P. (2010). Die Rückkehr des Nationalpopulismus in Österreich. *Totalitarismus und Demokratie*, 7(1), 39-82.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-321772>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Rückkehr des Nationalpopulismus in Österreich

Patrick Moreau



Dr. Patrick Moreau, geb. 1951, Studium der Philosophie und Geschichte an der Universität Paris I – Sorbonne, 1978 Promotion;

Studium der Politikwissenschaft am Institut d'Etudes Politiques in Paris, 1984 Habilitation; Stipendiat der Alexander-von-Humboldt-Stiftung und der Deutschen Forschungsgemeinschaft. 1994–1998 Mitglied der Enquete-Kommission „Überwindung der SED-Diktatur“ des Deutschen Bundestags. Z. Zt. Ministère de la recherche/CNRS (Forschungsministerium/CNRS), Paris.

Abstract

Since the early 1980s, Austria has been one of the European countries with the strongest electoral results of right wing national-populist parties. In 2000, the FPÖ (Freedom Party of Austria) became partner of a coalition government on the national level. After a short weakness at the 2002 national elections, the party seems to be an accepted political actor once again. The 2008 national and the 2009 European elections have proven this trend. After the death of Jörg Haider, a new charismatic leader, Heinz-Christian Strache, has stepped into the limelight. The Austrian political system is under strong pressure of the national-populist radical right. This latter is surfing on a wave of authoritarian, individualistic, xenophobe, and anti-European attitudes of the collective Austrian value system. Young people consider the FPÖ and its youthful chairman Strache the representatives of a counter-culture which might be able to break down the political and social conformity of the weak and unpopular Grand Coalition.

Seit Anfang der 1980er Jahre gehört Österreich zu den Ländern in Europa mit der stärksten nationalpopulistischen Rechten bei Wahlen. 1999 wurde sie Partner einer Regierungskoalition. Nach einer kurzen Schwächephase bei den Nationalratswahlen von 2002 scheint sie inzwischen wieder an politischer Zustimmung zu gewinnen. Nach dem Tod Haiders steht nun eine neue charismatische Führungspersönlichkeit – Heinz-Christian Strache – an der Spitze der FPÖ. Diese neue politische Konstellation muss im Kontext der tiefgreifenden ökonomischen Krise und mit Blick auf die langfristigen Folgen eines allmählichen kollektiven Wertewandels untersucht werden.

I. Österreich heute: Zwischen Krise und Wohlstand

Wie alle anderen europäischen Länder hat auch Österreich derzeit schwere wirtschaftliche und soziale Probleme. Diese bedrohen die Fundamente der österreichischen Demokratie und begünstigen die Entscheidung für die nationalpopulistischen Parteien.

Die erste Herausforderung ist demographischer Natur: Wie in fast allen anderen Industrieländern der EU droht auch der Alpenrepublik die Überalterung. Im Jahre 2050 könnte mehr als ein Drittel der österreichischen Bevölkerung mindestens 60 Jahre alt sein.¹ Dieser Haupttrend bedroht das Rentenniveau und den Erhalt der hochwertigen Gesundheitssysteme.

Angeichts der demographischen Herausforderung gerieren sich alle demokratischen politischen Parteien als Verteidiger der Familie.² Dies tut auch die österreichische nationalpopulistische Rechte. Das BZÖ fordert dazu auf, die Stellung des Vaters in der Familie zu stärken, die FPÖ betont die Notwendigkeit eines „Generationenvertrages“ und der massiven finanziellen Unterstützung der Familien. Diese Kernforderungen werden jedoch von der Wirtschaftskrise stark behindert: Die große Koalition hat die Hilfen für Familien nur leicht erhöht und lehnt – zumindest im Augenblick – eine Reform des Steuersystems ab. Das bedeutet, dass mehr als zwei Kinder und ein Elternteil, der als Hausfrau/Hausmann auf Erwerbsarbeit verzichtet, immer noch ein Armutsrisiko für eine Familie darstellen.

Abgesehen von einer grundlegenden Änderung der familienpolitischen Strategien kann die Überalterung der Gesellschaft nur durch erneute massive Immigration verlangsamt werden. Diese Option lehnt die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher ab.³

Im Jahre 2008 hatte Österreich 8 336 549 Einwohner, davon waren rund 10 Prozent Nicht-Österreicher (2008: 852 404 Personen). Die Quote der illegalen Immigration beträgt geschätzte 3 bis 4 Prozent. Österreich ist also im Jahre 2010 ein Einwanderungsland und präsentiert sich sogar in den Bundesländern mit einer geringen Zahl an Zuwanderern als multikulturelle Gesellschaft.

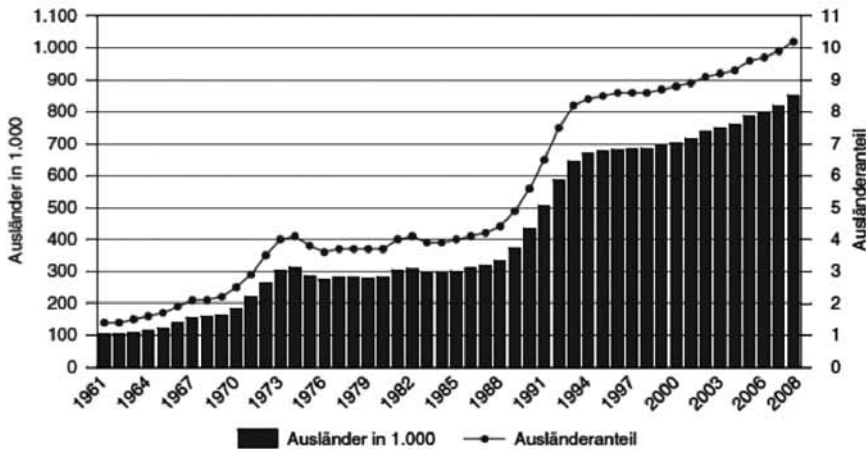
Die Zuwanderung begann in Österreich in den 1960er Jahren und stieg zu Beginn der 1980er Jahre stark an. Die Migration (2008: Zuwanderer aus dem früheren Jugoslawien – 297 606 Personen; Türkei – 110 105 Personen; aus ande-

1 Die Projektion der demographischen Entwicklung (Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes, 28.10.2008) geht für 2015 von 24,2 % 60-jähriger und Älterer aus – im Vergleich zu 22,6 % im Jahre 2008 –, von 32,4 % im Jahr 2035 und 34,1 % im Jahr 2050.

2 Österreichisches Institut für Familienforschung, Sechs Familiensprecherinnen stehen Rede und Antwort im Vorfeld der Nationalratswahl am 1. Oktober, in: http://www.oif.ac.at/presse/bzw/artikel.asp?Rubrik=3&ID_Art=1&BZWArtikel=929 (Stand: 30.3.2010).

3 Siehe dazu unten den Abschnitt über kollektive Einstellungen und Fremdenfeindlichkeit.

Abb. 1: Ausländerzahl und Ausländeranteil seit 1961



Quelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes. Revidierte Ergebnisse für 2001 bis 2007. Erstellt am 27.5.2009.

ren Ländern – 444 793 Personen) hat drei Gründe: Der erste hängt mit der österreichischen Geschichte – der österreichisch-ungarischen Monarchie – zusammen, aber auch mit den Kriegen der Gegenwart. Die Zuwanderer kommen aus dem früheren Jugoslawien, aus Ungarn, Tschechien und der Slowakei. Die Reaktion der Österreicher auf diese Migranten ist zwiespältig. Viele von ihnen haben tschechische oder ungarische Wurzeln. Oft erinnern ihre Familiennamen daran.

Dies gilt nicht für die Türken. Die Belagerung Wiens im Jahre 1529 und die Schlacht am Kahlenberg 1683 sind die Höhepunkte der Geschichte eines gnadenlosen Kampfes zwischen dem Osmanischen Reich und den Habsburgern. Ganz am Ende der Beliebtheitsskala stehen die Afrikaner, die in schöner Regelmäßigkeit von der Presse als Drogenhändler und kriminelle Elemente an den Pranger gestellt werden. Besonders kritisch ist die Lage in Wien, wo die legale wie die illegale Zuwanderung besonders stark waren. Jedoch hat die österreichische Wirtschaft, vor allem die Tourismusbranche, einen hohen Bedarf an Arbeitskräften aus den Ländern des früheren Ostblocks, die über gute Deutschkenntnisse verfügen (in Ex-Jugoslawien und in den direkten Nachbarländern wird verbreitet Deutsch gelernt) und die niedrigen Löhne akzeptieren.

Die politischen Parteien legen Wert auf die Begrenzung (ÖVP und SPÖ) oder den Stopp (BZÖ und FPÖ) der Zuwanderung. Nur die Grünen pflegen ihr multikulturelles Profil und sind offen für Zuwanderung und für die Verteidigung des Asylrechts. Abgesehen von diesem Anliegen, das überall in Europa präsent ist, lehnt die große Koalition die Aufnahme der Türkei in die EU insbesondere

wegen der Gefahr der Zuwanderung ab. Dasselbe gilt für die anderen Beitrittskandidaten: Österreich setzt sich für längere Fristen bis zur Gewährung der Niederlassungs- und Beschäftigungsfreiheit ein. Tief gespalten sind die Parteien bezüglich der Migranten, die bereits in Österreich leben. Die nationalpopulistische Rechte will sie in ihre Heimatländer zurückschicken, wenn sie arbeitslos sind. ÖVP und SPÖ lehnen derartige Maßnahmen ab. Sie richten ihr Augenmerk auf die Familienzusammenführung, die ebenso sehr erschwert worden ist wie die Gewährung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis für Nicht-Europäer.⁴

Diese sehr rigide (und im Wesentlichen höchst ineffiziente) Zuwanderungspolitik hat wirtschaftliche Gründe. Österreich ist nach wie vor ein reiches Land, trotz der Krise, die während der ersten beiden Trimester des Jahres 2009 die Exporte massiv einbrechen ließ.⁵ Der wirtschaftliche Erfolg und der aktuelle Aufschwung haben ihre Ursache zum Teil in einem sehr hohen sozialen Konsens, infolge dessen der mächtige Österreichische Gewerkschaftsbund mit seinen 1,3 Mio. Mitgliedern Streiks und Arbeitskonflikte möglichst vermeidet.⁶

Bis September 2008 erlebte Österreich eine Phase des Wirtschaftswachstums mit stabiler Arbeitslosigkeit auf niedrigem Niveau. Zu Beginn der Bankenkrise im September 2008 lag die Arbeitslosenquote bei 3,3 Prozent, bei weniger als der Hälfte des Durchschnitts in der Euro-Zone. Zum Ende des Sommers 2009 stieg in Österreich parallel zur spürbaren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage die Arbeitslosigkeit auf durchschnittlich 5 bis 6,5 Prozent an. Diese Entwicklung verstärkte sich im Herbst 2009.

Ende Februar 2010 waren in Österreich 312 906 Menschen offiziell arbeitslos gemeldet. Um 3,7 Prozent oder 11 211 Personen lag die Arbeitslosigkeit damit höher als im Vorjahr. In dieser Zahl nicht enthalten sind die 83 426 Arbeitssuchenden, die zu diesem Zeitpunkt an einer AMS-Schulung teilgenommen haben. De facto waren also 396 332 Menschen auf der Suche nach einem Arbeitsplatz – so viele wie nie zuvor in der Zweiten Republik. Hinzu kommt eine hohe Zahl von Kurzarbeitern, denen die Kündigung droht. Von der Arbeitslosigkeit besonders schwer getroffen sind über 50-jährigen Arbeitnehmer. In dieser Gruppe stieg die Arbeitslosigkeit um 7,3 Prozent. Und selbst eine akademische Ausbildung ist kein Garant mehr für einen sicheren Arbeitsplatz. Zwar ist die Anzahl der arbeitslosen Akademiker im Vergleich mit geringer Qualifizier-

4 August Gächter, Migrationspolitik in Österreich seit 1945, Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität Nr. 12, Oktober 2008; Rainer Bauböck, „Nach Rasse und Sprache verschieden“. Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute, Institut für Höhere Studien (IHS), Wien 1996, http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_31.pdf.

5 Exporte (Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr): 2007: +9 %; 2008: +0,3 %; 2009: -15 %; 2010: 2 % (2009 und 2010 Schätzung).

6 Vgl. http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ_Index&n=OEGBZ_0. (Stand: 30.3.2010) Die Gewerkschaften sind stark politisiert und an verschiedene Parteien gebunden. Vgl. Ferdinand Karhofer, Arbeitnehmerorganisationen. In: Herbert Dachs/Peter Gerlich u. a., Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 462–479.

ten prozentual noch eher niedrig, aber sie ist doch gewaltig angestiegen, nämlich um 21 Prozent.

Tabelle 1: Arbeitslose im Februar 2010

	Februar 2010	
	Veränderung zum Vorjahr	Veränderung zum Vorjahr in %
Gesamt	396 332	+3,7
Männer	207 109	+4,2
Frauen	105 797	+2,8
15–24 Jahre	47 627	+0,4
Über 50 Jahre	64 730	+7,3
Langzeitarbeitslose	7 880	+33,1
In Schulung *	83 426	+43,9

Quelle: APA, BMASK, AMS.

* Nicht in offizieller Arbeitslosenzahl enthalten.

Die Ökonomen prognostizieren für 2010 und 2011 einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit, weil das österreichische Wachstum unter 2,5 Prozent pro Jahr bleiben dürfte. Diese Entwicklung könnte die sozialen und politischen Spannungen im Lande noch verschärfen, die bereits im Wahlkampf in Vorarlberg und Oberösterreich zu spüren waren. Bei den Wahlen im September 2009 gelang der nationalpopulistischen Rechten dort ein Durchbruch. Auch der Vorwahlkampf in Wien und im Burgenland 2010 wird davon bestimmt.

II. Das politische System

Das politische System Österreichs scheint auch auf einer weiteren Ebene geschwächt zu sein: derjenigen der Machtausübung durch die Parteien.⁷ Seit 1945 gab es insgesamt 27 Regierungen, 17 von Sozialdemokraten (SPÖ) und Konservativen (ÖVP) gebildet. Zwischen 1970 und 1983 übte die SPÖ alleine die Macht aus. Dies war der ÖVP nur ein einziges Mal gelungen, nämlich zwischen 1966 und 1970. Die FPÖ war von 1983 bis 1987 gemeinsam mit der SPÖ an der Macht, und zwischen 2000 und 2006 mit der ÖVP. Den Grünen ist es bisher noch nicht gelungen, zum Partner in einer Regierungskoalition zu werden.⁸

7 Vgl. Dachs/Gerlich u. a., Politik in Österreich; Anton Pelinka, Österreichische Politik. Grundlagen, Strukturen, Trends, Wien 2007.

8 Die Grüne Alternative Partei wurde 1987 gegründet, seit 1993 lautet ihr offizieller Name Die Grünen – Die grüne Alternative (GRÜNE). Die Geschichte der politischen

Die anderen Parteien, darunter die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), spielen höchstens auf regionaler Ebene eine politische Rolle.⁹

Diese Dreiecksbeziehung bei der Machtausübung ist das größte Dilemma der österreichischen Politik, die an zwei Besonderheiten leidet. Die erste ist die langjährige Existenz und Fortsetzung dieser großen Koalition der beiden Volksparteien ÖVP und SPÖ. Sie hat zur Blockade des politischen Systems geführt, das die Wähler mit dem *Proporzsystem* verbinden. Hinter diesem Begriff verbirgt sich ein erstickender Klientelismus, der jene Bürger, die Karriere machen wollten, zur Mitgliedschaft in einer der beiden Parteien zwang. Jörg Haiders Wahlerfolge ab 1986 beruhten zum großen Teil auf seinem erklärten Willen, dem *Proporz* ein Ende zu setzen. Die zweite Besonderheit ist das Fehlen von Alternativen: ÖVP und SPÖ haben, wenn sie nicht die absolute Mehrheit haben, keine andere politische Wahl, als sich mit der nationalpopulistischen Rechten zu verbünden. Deren Spaltung in FPÖ und BZÖ im Jahre 2005 hat das Problem nicht gelöst. Die SPÖ muss ein Dreierbündnis eingehen (SPÖ-Grüne-BZÖ), die ÖVP hat die Wahl zwischen einer Koalition mit der FPÖ oder einem Dreierbündnis mit FPÖ und BZÖ.

Aus dieser Koalitionsarithmetik ergibt sich ein wichtiger psychologischer Aspekt: Die nationalpopulistische Rechte ist alltäglich geworden. Die große Mehrheit der Wähler findet es völlig normal, dass FPÖ und BZÖ auf der nationalen oder Landesebene eine Rolle spielen oder in Koalitionsregierungen politische Verantwortung übernehmen.

1. Der Nationalpopulismus in Österreich

Zwischen 1983 und 1999 hatte die FPÖ ihre Wahlergebnisse kontinuierlich verbessert. 1999 entschied sich mehr als ein Viertel der Wähler für Haiders Partei. Eine interne Krise führte zur Spaltung der FPÖ, deren Vorsitzender aktuell Heinz-Christian Strache ist. Im April 2005 wurde die Partei BZÖ gegründet, die Haider bis zu seinem Tod im Jahr 2008 führte. Beide Parteien zusammen haben den Stimmenanteil der Nationalpopulisten wieder zurück auf sein Niveau von 1999 geführt (FPÖ und BZÖ errangen insgesamt 28 Prozent der Stimmen bei den Nationalratswahlen von 2008).¹⁰

Ökologie in Österreich beginnt in den frühen 1970er Jahre. Vgl. Franz Schandl, Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft, Wien 1996; Othmar Pruckner, Eine kurze Geschichte der Grünen, Wien 2005.

9 Die KPÖ erreichte ihre besten Ergebnisse bei den Kommunalwahlen in Graz (2003: 20,75 %) und bei den Landtagswahlen in der Steiermark (2006: 6,34 %). Bei den Nationalratswahlen 2006 (1,1 %) und 2008 (0,8 %) blieb sie bedeutungslos.

10 Vgl. Patrick Moreau, Haider, le FPÖ et l'Autriche, erscheint 2010.

Tabelle 2: Die Wahlergebnisse der Rechtsaußenparteien bei den Nationalratswahlen 1983–2008

Parteien		Stimmen	%		Sitze	
FPÖ	1983	241 789	5,0 %		12	+1
AUS	1983	3 914	0,0 %	nicht kandidiert	0	–
FPÖ	1986	472 205	9,7 %	+4,7 %	18	+6
FPÖ	1990	782 648	16,6 %	+6,9 %	33	+15
FPÖ	1994	1 042 332	22,5 %	+5,9 %	42	+9
FPÖ	1995	1 060 377	21,9 %	-0,6 %	41	-1
FPÖ	1999	1 244 087	26,91 %	+5,02 %	52	+11
FPÖ	2002	491 328	10,01 %	-16,9 %	18	-34
FPÖ	2006	519 598	11,04 %	+1,03 %	21	+3
BZÖ*	2006	193 539	4,11 %	nicht kandidiert	7	+7
FPÖ	2008	857 029	17,54 %	+6,50 %	34	+13
BZÖ	2008	522 933	10,70 %	+6,59 %	21	+14
Karlheinz Klement	2008	347	0,01 %	nicht kandidiert	0	–

* Liste Westenthaler – BZÖ.

In den Bundesländern ist der Erfolg der nationalpopulistischen Parteien unterschiedlich, mit Ausnahme von Kärnten, wo die FPÖ bzw. das BZÖ praktisch Mehrheitspartei und an der Macht war bzw. ist (1999: FPÖ 42,1 %; 2004: 42,5 %, 2009: FPÖ 3,8 %, BZÖ: 44,9 %). Neben diesem Bundesland war die FPÖ auch sehr erfolgreich in Wien (1996: FPÖ 27,9 %) und in Vorarlberg (1999: FPÖ 27,4 %; 2009: FPÖ 25,2 %).

Die Wahlen von 2008/2009 zeigen das Wiedererstarken der FPÖ. Sie ist dabei, die Wähler zurückzugewinnen, die sie wegen ihrer Krise zwischen 2002 und 2005 und nach der Abspaltung des BZÖ verloren hatte.¹¹ Die Meinungsforscher erwarten bei den Wahlen 2010 in Wien – einer historischen Bastion der Deutschnationalen – einen erneuten Erfolg der FPÖ. Um diese erstaunliche Stellung des Nationalpopulismus im politischen System Österreichs zu verstehen, muss man seine Geschichte und seine Verwurzelung in der Wählerschaft untersuchen.

Die Machtbeteiligung der FPÖ im Jahre 2000 ist ein Indiz für die strukturellen Veränderungen der traditionellen Parteiensysteme in vielen Demokratien. Die FPÖ ist auch 2010 noch immer eine der stärksten nationalpopulistischen

11 Niederösterreich: 2003: 4,5 %; 2008: 10,5 % (+6 %); Oberösterreich: 2003: 8,4 %, FPÖ 2009: 15,3 % (+6,9 %), BZÖ: 2,8 %; Salzburg: 2004: 8,7 %; 2009: 13,0 % (+4,3 %); Tirol: 2003: 8,0 %; 2008: 12,4 % (+4,4 %); Vorarlberg: 2004: 12,9 %; 2009: 25,2 % (+12,3 %).

Formationen Westeuropas bei Wahlen. Die österreichische Gesellschaft leidet an denselben wohlbekannten Übeln wie viele der Nachbarn: verbreitete Unzufriedenheit, Angst vor Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichem Wandel, der Trend zum Rückzug auf sich selbst, Fremdenfeindlichkeit usw. Diese Dimensionen bedingen und begünstigen das Entstehen von Parteien von der Art der FPÖ und die Entwicklung transnationaler politischer Strukturen, beispielsweise im Europäischen Parlament.

In der Geschichte der FPÖ lassen sich vier große Perioden unterscheiden, die alle die gegenwärtige Situation erhellen. In der ersten Periode, während ihrer Gründung im Jahre 1956, war die FPÖ eine liberale und deutschnationale Partei. Die beiden Flügel scharten sich um Persönlichkeiten oder regionale Clans. In Kärnten und Wien etwa dominierten die Deutschnationalen, die Haider später entdeckten. Im Umfeld der FPÖ sammelten sich auch Organisationen, die ideologisch dem extremen rechten Lager zugehörten: Studenten aus schlagenden Verbindungen, Mitglieder des Turnerbundes, Organisationen von Weltkriegsveteranen, besonders der SS. Dennoch war die FPÖ keineswegs die Partei, in die sich ehemalige NSDAP-Mitglieder bevorzugt zurückzogen. Mit Ausnahme der KPÖ nahmen in den 1950er Jahren alle Parteien diese Wählergruppe bei sich auf. Es liegt allerdings klar auf der Hand, dass diese „Ehemaligen“ im deutschnationalen Lager besonders zahl- und einflussreich waren. Die FPÖ war zunächst völlig isoliert, da ihr ideologischer Referenzrahmen diskreditiert war. Die fortschreitende Integration in das politische System wurde Sache der Parteien, die sich in der großen Koalition die Macht teilten, der ÖVP und der SPÖ. Diese beiden Formationen gaben sich keinen Illusionen über die Natur der FPÖ hin. In der ersten Phase konnte sich keine der beiden Volksparteien die Zusammenarbeit mit der FPÖ vorstellen. Aber sie nutzten sie als Druckmittel gegenüber dem Koalitionspartner. 1966 führte das Ende der großen Koalition zu einer Annäherung der SPÖ an die FPÖ, eine Entwicklung, die 1983 unter der Ägide des sozialdemokratischen Kanzlers Bruno Kreisky in eine „kleine Koalition“ aus SPÖ und FPÖ mündete. Der nationalliberale Vorsitzende der FPÖ, Norbert Steger, war für die Annäherung an die SPÖ verantwortlich. Seine Entscheidung stellte der junge deutschnationale Vorsitzende des Landesverbandes Kärnten, Jörg Haider, in Frage.

In der zweiten Phase stürmte der junge Haider an die Macht. Haider war ein exzellenter Strategie, Redner und Kommunikator. 1986 wurde er zum Vorsitzenden der FPÖ gewählt und eliminierte den liberalen Flügel um Steger.¹² Seit Haider den Parteivorsitz übernommen hatte, verfolgte er ein politisches Ziel: Er wollte die FPÖ bei Wahlen so stark machen, dass eine Koalition gegen sie unmöglich würde. In dieser Phase ihrer Geschichte errang die FPÖ dank Haider populistischer Strategie und seinem Sinn für medienwirksame Provokationen eine beeindruckende Serie von Wahlerfolgen auf kommunaler und Landes-

12 Georg Lux/Arno Wiedergut/Uwe Sommersguter, Jörg Haider: Mensch, Medienstar, Mythos, Wien 2008.

ebene, aber auch bei den Nationalratswahlen von 1986, 1990 und 1994. Die Erfolge dieser Phase sind Indikatoren der Krise des politischen Systems, das von seinen wirtschaftlichen Problemen und von seiner politisch-sozialen Blockade infolge des Proporzsystems ausgelaugt war. Es war ein leichtes Spiel für die FPÖ, die Schwächen des Systems, die Skandale, Privilegien und Ungleichheiten anzuprangern. Haider gelang es in dieser Phase, sich fast vollständig jeder programmatischen Debatte zu enthalten. Er erkämpfte sich ein Image als moderner Robin Hood, als Anwalt der wahren Interessen „des Volkes“ und der „kleinen Leute“. Von 1993 bis zur Krise 2002 war die FPÖ die „Haiderpartei“ und wurde von den Wählern auch so wahrgenommen.

Haider beschloss 1993, den Kampf gegen alle seine politischen Konkurrenten zu verschärfen. Er wählte neue Themen, um sein Image als Vertreter des politischen Protests auszuweiten. EU-Beitritt und Fremdenfeindlichkeit wurden zu wichtigen Elementen im FPÖ-Diskurs. Bis 1994 gab sie ihre deutschnationalen ideologische Folklore vollständig auf. Haider ging keinen faulen Kompromiss mit dem verbleibenden gewaltorientierten Rechtsextremismus (Neonazis) ein und stellte in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die Ideologen der „Neuen Rechten“ im Parteiapparat kalt. Haiders Thema Nr. 1 war die Kritik der demokratischen Eliten: Er beschuldigt sie der Unfähigkeit, die Probleme des Landes zu lösen aus Angst vor dem Verlust der Profite, die sie aus ihrer Regierungsmacht zögen. Damit wurde die FPÖ in den 1990 Jahren zu einer sehr effizienten Kampfmaschine gegen das System. Sie verweigerte gleichzeitig jede echte Klarstellung ihrer politischen, wirtschaftlichen, sozialen und strategischen Ziele, um in keinem Falle ihre Rolle als „catch-all party“ zu gefährden.

Die dritte Phase ist diejenige der Beteiligung an der Macht. Sie wurde für die FPÖ und für Haider zur Falle. Mit der Zustimmung zur Kanzlerschaft Wolfgang Schüssels und der Nominierung von Susanne Riess-Passer als Parteivorsitzende und Vizekanzlerin begab sich Haider jeder Chance, jemals an das Ziel seiner Träume zu gelangen und Österreich eines Tages zu regieren. Er entdeckte schnell das politische und kommunikative Talent seiner einstigen rechten Hand, aber auch den unübersehbaren strategischen Instinkt des Bundeskanzlers. Spätestens Anfang 2001 erkannte Haider, dass er in einer Sackgasse gelandet war. Er hatte keine Kontrolle mehr über die Vizekanzlerin, die die Wähler und Kader der FPÖ bezauberte. Hinzu kam, dass Schüssel die Phase der EU-Sanktionen gemeistert und dadurch an Ansehen in der Öffentlichkeit gewonnen hatte.

Haider war sich der Tatsache völlig bewusst, dass der Erfolg der FPÖ ihrem oppositionellen Charakter und ihrer Kritik der Schwächen des Systems geschuldet war. Indem sie zum Bestandteil des Machtsystems wurden, verloren die Partei und ihr Vorsitzender bei den „proletarischen“ und Protestwählern an Glaubwürdigkeit. Dafür gab es keinen Ausgleich durch Wählertransfers von den konkurrierenden demokratischen Parteien SPÖ, Liberale, ÖVP und Grüne. Die Zustimmung der Wähler zur FPÖ brach in dem Moment ein, wo die Machtbeteiligung das Engagement der Parteielite im Staatsapparat erforderlich machte.

Der Preis der Macht wurde immer schmerzhafter spürbar. Der erste Koalitionsvertrag band die FPÖ so stark ein, dass sie auf ihren ureigenen Themenfeldern ohnmächtig war. Das „Brüsseler“ Europa entstand mit Hilfe Österreichs, die ÖVP eroberte das Thema der inneren Sicherheit zurück, die Zuwanderung ging weiter, der Staat verfolgte eine konsequent liberale Politik. Er begnügte sich mit der laxen Verteidigung der sozialen Errungenschaften, ohne eine Lösung für die wirtschaftliche Krise zu finden, die zwar schwächer ausgeprägt war als in den meisten anderen europäischen Ländern, die aber zahlreiche FPÖ-Wähler der 1990er Jahre schmerzhaft traf.

Der Knittelfelder Putsch im September 2002 und die Eliminierung der Vizekanzlerin und vieler Weggefährten Haider aus den 1980er Jahren bedeuteten das Ende der „Haider-FPÖ“, wenn auch Haider selbst dies nicht sofort verstand. Er tat nichts, um mit seiner Parteibasis und seiner Wählerschaft zu kommunizieren, seine mediale Präsenz war schwach und seine Sympathiewerte fielen. Die Niederlage bei den Nationalratswahlen im Jahr 2002 kam nicht überraschend.

Dennoch ist der Niedergang der FPÖ ab 2002 aufgrund seines Ausmaßes und seiner Gründe außergewöhnlich. Von diesem Zeitpunkt an war die Partei das Opfer Haider. Dieser war schon seit längerem psychisch gestört, was viele Ursachen hatte: Alter, Burn Out-Syndrom, Homosexualität usw. Er hatte zumindest zeitweise das verloren, was seit 1986 seine Stärke ausgemacht hatte: seinen Instinkt, mit dem er die Bedürfnisse der Massen erfüllen konnte. Er beging Fehler um Fehler. Diese Bilanz führte Anfang 2004 zur Implosion der Partei, zu einer dramatischen parlamentarischen Schwächung und einer noch nie dagewesenen Finanzkrise (Verlust eines Großteils der staatlichen Zuwendungen, aber auch der Spenden aus der Industrie).

Der politische und organisatorische Zusammenbruch der FPÖ wurde noch von Haider antisemitischen und Pro-Saddam-Hussein-Ausbrüchen beschleunigt. Er konnte sich zwar in Kärnten halten und blieb dort weiterhin Landeshauptmann, verlor aber seinen Einfluss auf eine FPÖ, die auf der Regierungsebene ebenso ratlos war – sie übte praktisch keinen Einfluss mehr auf die Politik der zweiten Koalitionsregierung aus – wie bezüglich ihrer Organisation. Die österreichischen Wähler beschlossen, einen Haider abzustrafen, der als tragische und zunehmend peinliche Figur wahrgenommen wurde. Die FPÖ brach bei den Landtagswahlen ein.

In der vierten Phase wurde 2005 das BZÖ gegründet. Es war organisatorisch ein Misserfolg, war schlecht organisiert und verfügte über keine Finanzmittel. Schließlich blieb das BZÖ in der Regierung und verharrte in seinem babylonischen Gefängnis, das Wolfgang Schüssel kontrollierte und dessen Schlüssel er in der Hand behielt. Das Ende der ÖVP-BZÖ-Koalition und die Schaffung der großen Koalition aus ÖVP und SPÖ 2006 machten deutlich, dass das BZÖ nur eine Randpartei war. Haider blieb in seinem Bundesland Kärnten isoliert und wurde von einer Regionalpartei unterstützt.

Heinz-Christian Strache wurde oft als „Klon des jungen Haider“ bezeichnet. Er brachte zwischen 2006 und 2008 die FPÖ unter seine Kontrolle, konsolidierte sie und ihre Finanzen, restrukturierte ihre befreundeten und Vorfeldorganisationen in der Gesellschaft und führte eine Dauerkampagne, die aufmerksam die kollektiven Befürchtungen der Wähler bezüglich der EU und der Zuwanderung aufnahm. Haider war ein zu scharfsinniger Politiker, als dass ihm die Nichtexistenz seiner Partei auf der nationalen Ebene hätte entgehen können. Deshalb änderte er seine Strategie und verbesserte in erster Linie sein Image. Gestützt auf seine unglaubliche Popularität in Kärnten, präsentierte er sich als *pater familias*, der sich der Sorgen seines Bundeslandes, aber auch des „wahren“ Österreich annahm. Er akzeptierte sein neues Image als gereifter Mann, bemühte sich aber, andere zum Träumen zu bringen. Er war auf allen Festen, auf jeder Party und machte von sich reden. Jeder „Exzess“ nutzte ihm, denn die österreichischen Wähler hatten sonst zur täglichen geistigen Kost auf der politischen Ebene nur das Führungspersonal der großen Koalition, das trübselig und ohne Charisma war. Auf einen Schlag war Haider nicht mehr der Störenfried und Unruhestifter. Er wurde zu einer Art „lebendiger Urkraft“, die der politischen Gesellschaft die lange Nase zeigte. Auf diese Weise gewann er seine Wette, dass er in das Rampenlicht der politischen Szene zurückkehren würde. 2008 gelang es dem BZÖ, der neuen „Haiderpartei“, mehr als 10 Prozent der Wählerstimmen zu erobern, die FPÖ errang 17,5 Prozent. Haiders Tod im Jahre 2008 machte strukturell die Bahn frei für Strache, der sich – wie sein Mentor Haider in den 1990er Jahren – aufgemacht hatte, um die Macht zu erobern und das BZÖ zu sprengen.

In Kärnten hat sich das BZÖ gespalten. Das eine Lager unter der Führung von Ministerpräsident Josef Bucher beansprucht noch immer das Erbe des BZÖ im Bundesland und in ganz Österreich für sich. Das zweite Lager wird von Uwe Scheuch geführt. Nachdem Heinz-Christian Strache diesem Lager ein Modell à la CDU/CSU in den glühendsten Farben geschildert hatte, gründete man mit seiner Unterstützung die Kärntner Freiheitliche Partei (FPK), eine unabhängige, aber mit Straches FPÖ verbündete Partei. Daneben existiert in Kärnten weiterhin die FPÖ als unabhängige Partei. Auf Bundesebene ist die BZÖ-Fraktion im Nationalrat zerfallen. Die Abgeordneten haben teils dem „alten“ BZÖ die Treue gehalten, teils sind sie zu einer Gruppe der Freiheitlichen (zum Scheuch-Lager) gewechselt, das sich nicht der FPÖ-Fraktion angeschlossen hat. Alle Landesverbände des BZÖ sind von denselben Spannungen betroffen. In Wien existiert das BZÖ nicht mehr. Es scheint klar, dass es zu Gunsten der FPÖ von der nationalen politischen Landkarte verschwinden wird. Um vorgezogene Wahlen zu vermeiden, sind das BZÖ und die Kärntner Freiheitliche Partei in Kärnten gezwungen, sich gegenseitig politisch zu unterstützen. Dabei wird die Lage aber immer angespannter. Sollte sich der Koalitionspartner ÖVP entschließen, die Koalition mit dem BZÖ zu beenden, würde das BZÖ die Macht in Kärnten verlieren. Damit wäre das Abenteuer Haider definitiv beendet.

Um die zunehmende Bedeutung der nationalpopulistischen Formationen zu verstehen, muss man ihre ideologischen Angebote bei der Nationalratswahl 2008 untersuchen. Das 16-seitige Programm „Österreich im Wort“ und ihr Wahlkampf gaben der Partei ein radikales politisches Profil.¹³ Die „Strache-Partei“ erwies sich als Modellfall des protestorientierten, fremdenfeindlichen, sicherheitsorientierten, homophoben, nationalistischen und anti-europäischen Populismus, der sich gezielt an diejenigen sozialen Schichten und Bevölkerungsgruppen richtet, die am wenigsten zufrieden oder in ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Situation am stärksten bedroht sind.

Der FPÖ-Wahlkampf zeigte das Bild Straches in jedem Winkel des Landes. Bei den Kundgebungen der FPÖ überraschte die Teilnahme sehr vieler junger, manchmal sogar noch jugendlicher Männer und Frauen. Bei Umfragen sprachen diese jungen Menschen von Strache wie von einem Pop-Star. Es gelang dem FPÖ-Chef im Nationalratswahlkampf 2008, mit den jungen Menschen zu kommunizieren und seine Partei zur Nummer 1 bei den Unter-25-Jährigen zu machen.

Wo liegen die Gründe für diesen Durchbruch? Neben seinem unbestreitbaren Kommunikationstalent und unübersehbaren Charisma wusste Strache seit 2005 sein Aussehen eines jugendlichen Helden und seine erstaunlichen blauen Augen einzusetzen.¹⁴ Während Haider in homosexuellen Klubs fotografiert wurde, war Strache in Presseberichten immer umgeben von jungen und schönen Groupies. Auch die Website der Partei wurde genutzt, um das jugendliche Image Straches zu popularisieren. Dort wurde ein Fotobereich geschaffen, der ihn in Diskos und in sehr modischer Kleidung zeigte. Für den Wahlkampf 2008 entschied er sich, eine der linken mythischen Figuren anzugreifen: Che Guevara. Im Internet veröffentlichte er einen Song mit dem Titel „Adios, Che“, der mehr als 200 000 Mal heruntergeladen und fast überall gespielt wurde. Auf dem virtuellen Cover verkleidet sich Strache als Che mit Barrett und blauem Stern. Sein (scheinbar, und wirklich nur scheinbar) sehr natürlicher Stil kam gut an und erreichte sein Ziel: Strache war beliebt, sexy und erreichte dank seiner modischen Kleidung eine Glaubwürdigkeit und eine politische Aura, die von Gesprächspartnern mit dem Begriff des „Bruchs“ mit dem Stil der „alten Politiker“ charakterisiert wurde.

Das Hauptziel des BZÖ war, die Fortsetzung der großen Koalition um jeden Preis zu verhindern. Sein Programm mit dem Titel „Deinetwegen. Österreich. Das Wahlprogramm des BZÖ“ war liberaler als dasjenige der FPÖ – trotz der Bedeutung, die den Themen innere Sicherheit und Zuwanderung beigemessen wurden. Das Programm war der Strategie Haiders gut angepasst: Protest- und fremdenfeindliche Wähler, Gegner der Fortführung der großen Koalition, denen die FPÖ zu extremistisch erschien, sollten angesprochen werden.

13 Vgl. „Österreich im Wort“ www.fpoe.at/fileadmin/Contentpool/Portal/wahl08/FP_Wahlprogramm_NRW08.pdf (Stand: 30. 3. 2010).

14 Nina Horaczek/Claudia Reiterer, HC Strache. Sein Aufstieg. Seine Hintermänner. Seine Feinde, Wien 2009.

2. Die Nationalratswahl im September 2008

Das Ergebnis der Nationalratswahl vom 28. September 2008 erinnert erstaunlich an die Wahl von 1999, die ein weiterer politischer Höhepunkt der nationalpopulistischen Rechten war. Im Vergleich mit den Wahlen von 2006 erlitten praktisch alle demokratischen Parteien eine mehr oder weniger herbe Niederlage (SPÖ 2008: 29,3 %, -6,0 %; ÖVP 2008: 26,0 %, -8,3 %; Grüne 2008: 10,4 %, -0,6 %). Die FPÖ war eine der Wahlsiegerinnen. Sie errang 17,5 Prozent der abgegebenen Stimmen (34 Sitze) und konnte im Vergleich mit 2006 einen Gewinn von 6,5 Prozent verbuchen. Das BZÖ Jörg Haider erreichte über 10 Prozent (+6,6 Prozent im Vergleich mit 2006) und 21 Abgeordnete. FPÖ und BZÖ zusammen errangen 28,2 Prozent der abgegebenen Stimmen, mehr als 1999 (26,9 Prozent für die FPÖ).¹⁵

Die Wahl im September 2008 bewies die Polarisierung der Wähler: Befürworter und Gegner der großen Koalition standen sich gegenüber.¹⁶ Die Wahlbeteiligung war zufriedenstellend (78,84 Prozent gegenüber 78,5 Prozent im Jahre 2006). Die Analyse der Wählerwanderungen 2006–2008 zeigt aber, dass ein Teil der Wähler der großen demokratischen Parteien die große Koalition ablehnten. Dies führte zu schweren Verlusten der ÖVP (116 000 Stimmen) und der SPÖ (106 000 Stimmen). Davon profitierten BZÖ und FPÖ.

Tabelle 3: Wählerwanderung 2008 (in Tausend)

	SPÖ08	ÖVP08	Grüne08	FPÖ08	BZÖ08	divers08	Nicht- wähler08	gesamt 08
SPÖ06	1279	30	28	181	78	42	42	1708
ÖVP06	51	1187	38	88	152	69	116	1663
Grüne06	19	18	378	11	10	65	45	536
FPÖ06	23	6	6	431	42	16	21	532
BZÖ06	9	6	4	25	145	3	9	199
divers06	21	3	19	60	33	53	14	201
Abst.06	28	19	38	61	63	50	1135	1494
total08	1430	1270	510	857	523	298	1446	6333

Quelle: Nationalratswahl SORA 2008.

- 15 Thomas Hofer/Barbara Toth (Hg.), Wahl 2008. Strategien. Sieger. Sensationen, Wien 2008. Zur Nationalratswahl 2006: Thomas Hofer/Barbara Toth (Hg.), Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl, Wien 2007; Fritz Plasser/Peter A. Ulram (Hg.), Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006, Wien 2007.
- 16 Vgl. Fritz Plasser/Peter A. Ulram, Die Wahlanalyse 2008. Wer hat wen warum gewählt? Presseunterlage, Wien 2008; SORA, Nationalratswahl, http://www.sora.at/images/doku/SORA_ISA_Analyse_NRW_2008.pdf.

Die Aufschlüsselung nach Geschlecht zeigt, dass die FPÖ wie 2006 eine stärker männliche Partei bleibt und die Wähler des BZÖ eine ausgewogene Altersstruktur haben. Zieht man den Parameter der Erwerbstätigkeit hinzu, so erreicht die FPÖ 2008 ihre besten Ergebnisse bei erwerbstätigen Männern. Das BZÖ dagegen wird von nicht erwerbstätigen Frauen leicht bevorzugt.

Tabelle 4: Wahlverhalten 2008 nach soziodemographischen Gruppen 1 (in %)

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ
<i>Männer</i>	29	24	20	8	11
Erwerbstätige Männer	26	23	21	11	11
Pensionisten	38	28	15	2	10
<i>Frauen</i>	30	26	16	11	10
Erwerbstätige Frauen	25	24	16	14	10
nicht erwerbstätige Frauen	22	23	18	13	15
Pensionistinnen	39	28	14	5	9
<i>Alter</i>					
unter 30	14	20	33	14	10
30–44 Jahre	22	22	20	16	11
45–59 Jahre	33	24	13	10	13
60–69 Jahre	36	29	14	5	9
70 oder mehr Jahre	36	32	15	2	11

Quelle : GfK Austria, Repräsentative Wahltagsbefragung 2008.

Erstmals durften bei Nationalratswahlen Jugendliche ab 16 Jahren an die Urnen gehen. Davon profitierte die FPÖ, die bei den Unter-30-Jährigen zur stärksten Partei wurde. Addiert man die Ergebnisse des BZÖ (10 Prozent) und der FPÖ, zeigt sich, dass 43 Prozent der jungen Wähler und ein Drittel der 30 bis 44-Jährigen die Nationalpopulisten gewählt haben. Dieser Trend bestätigte sich auch 2009. Die FPÖ gewinnt neue junge Mitglieder und dürfte dabei sein, ihre Organisationsstärke von 1999 wieder zu erreichen.

Aus der Aufschlüsselung nach soziodemographischen Gruppen wird ersichtlich, dass die ÖVP 2008 wie schon 2006 die stärkste Partei bei den Selbständigen war, insbesondere bei den Landwirten. Die SPÖ dominierte bei den Beamten (35 Prozent) und Angestellten (27 Prozent). In allen Gruppen von Arbeitern war die SPÖ nur noch die Nummer Zwei, während der FPÖ ein sensationeller Durchbruch gelang (34 Prozent). Einen Teil der Arbeiterschaft hatte die SPÖ zwischen 1996 und 1999 an die Haider'sche FPÖ verloren. Sie waren zwischen 2002 und 2006 teilweise zur SPÖ zurückgekehrt, entschieden sich jetzt aber wieder für eine Protestwahl. Die Beamten dagegen lehnen bereits ab 1996 die FPÖ überwiegend ab.

Tabelle 5: Wahlverhalten 2008 nach soziodemographischen Gruppen 2 (in %)

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	BZÖ
<i>Beruf</i>					
Selbständige, Unternehmer, Freie Berufe	19	23	17	21	11
Beamte	35	21	13	15	8
Angestellte	27	22	17	13	11
Facharbeiter, Vorarbeiter	32	19	34	6	6
Arbeiter (un- und angelernt)	21	16	34	5	18
Landwirte (Vollerwerb)	2	78	8	1	9
Pensionisten	38	28	15	4	10
Hausfrauen	25	24	15	3	22

Quelle: GfK Austria, Repräsentative Wahltagsbefragung 2008.

Das BZÖ punktete bei den un- und angelernten Arbeitern (18 Prozent) und bei den Hausfrauen (22 Prozent). Erstaunlich niedrig waren seine Ergebnisse bei Fach- und Vorarbeitern (6 Prozent). Bei den un- und angelernten Arbeitern erreichten FPÖ und BZÖ 52 Prozent – eine absolute Mehrheit.

Die politische Landschaft war nach diesen Wahlen klar abgesteckt: Die SPÖ war die Partei der Pensionisten und Beamten, die ÖVP hatte – abgesehen von den Landwirten – keine ausgeprägt affinen sozialen Gruppen mehr. Die Grünen waren gealtert und gewannen ihr Elektorat im Wesentlichen bei den Wählern mit Abitur und akademischer Bildung. Die FPÖ und in geringerem Umfang das BZÖ waren zu den Parteien der Arbeiter, der jungen Menschen und der in der Privatwirtschaft Tätigen geworden. Welche Wählernotive haben zu diesem Durchbruch von FPÖ und BZÖ geführt?

Tabelle 6: Motive für die Wahl der FPÖ, vereinfachte Tabelle (2008)

	FPÖ-Wähler	Zuwanderer zur FPÖ
Härtere Ausländerpolitik	35 %	34 %
Ärger über/ Ablehnung anderer Parteien	15 %	19 %
gegen Asylmissbrauch	14 %	13 %
Heinz-Christian Strache (Persönlichkeit, Eigenschaften)	11 %	14 %
gegen große Koalition	11 %	8 %
Zuwanderungsstopp	10 %	8 %
politische Erneuerung, frischer Wind	9 %	20 %

Quelle: GfK Austria, Repräsentative Wahltagsbefragung 2008.

Das Thema Zuwanderung war im Jahre 2008 wie schon 2006 ein zentrales Motiv für die Wahl der FPÖ (60 Prozent der FPÖ-Wähler und 53 Prozent der Zuwanderer zur FPÖ). Dies ergibt sich aus der Häufigkeit der Nennung der Kategorien „Härtere Ausländerpolitik“ und „Gegen Asylmissbrauch“. Die beiden Parameter „Heinz-Christian Strache (Persönlichkeit, Eigenschaften)“ und „Gegen große Koalition“ unterstützten die Mobilisierung der FPÖ-Wählerschaft.

Tabelle 7: Motive für die Wahl des BZÖ, vereinfachte Tabelle (2008)

	BZÖ-Wähler	Zuwanderer zur BZÖ
Jörg Haider (Persönlichkeit, Eigenschaften)	49 %	52 %
Macht verlässliche Politik in Kärnten	13 %	12 %
Parteiprogramm, bessere Partei	13 %	12 %
Ärger über/ Ablehnung anderer Parteien	13 %	13 %
härtere Ausländerpolitik	8 %	11 %
gegen große Koalition	5 %	8 %
für Anliegen kleiner Leute	5 %	5 %

Quelle: GfK Austria, Repräsentative Wahltagsbefragung 2008.

Die Entscheidung für das BZÖ war bei allen Wählergruppen der Partei zu über 60 Prozent von der Persönlichkeit Haiders motiviert und in zweiter Linie von seiner Politik in Kärnten. Die Zuwanderung war nur für 12 Prozent ausschlaggebend für ihre Wahlentscheidung. Das Parteiprogramm spielte eine größere Rolle als bei der FPÖ und war gleich wichtig wie der Wunsch der BZÖ-Wähler, eine Neuauflage der großen Koalition zu verhindern.

Die Tabellen für FPÖ und BZÖ zeigen, dass beide Wählerschaften eine Reihe von Überzeugungen teilen (Ablehnung der Zuwanderung und der großen Koalition). Aber die Wähler von FPÖ und BZÖ trennt mehr als sie verbindet. Während die FPÖ vor allem eine fremdenfeindliche Partei ist, ist das BZÖ eine „Groupie-Partei“.

Bei den Wahlen von 2008 zogen FPÖ und BZÖ zahlreiche Protestwähler an, die sich um die Zukunft sorgten, durch die Wirtschaftskrise desorientiert waren, das politische System und die Strukturen der EU, die große Koalition und die Zuwanderung ablehnten. Alle diese Themen sind nach wie vor wichtig. Dies erklärt zum Beispiel den Durchbruch der FPÖ bei den Landtagswahlen in Niederösterreich im September 2009.

3. Die Europawahlen 2009

In Österreich ist das Interesse an Europawahlen eher gering, genau wie in den anderen EU-Mitgliedsstaaten. Entsprechend niedrig ist die Wahlbeteiligung. Damit haben Protestparteien und -gruppen relativ gute Erfolgschancen, während gleichzeitig die Regierungsparteien mit Abstrafung in Form von schlechten Wahlergebnissen rechnen müssen.¹⁷

Tabelle 8: Europawahl 2009, endgültiges Gesamtergebnis

Parteibezeichnung	Stimmen	Prozent	Mandate
Wahlberechtigte	6 362 761		
Wahlbeteiligung		46,0	
Sozialdemokratische Partei Österreichs – SPÖ	680 041	23,7	4
Österreichische Volkspartei – ÖVP	858 921	30,0	6
Liste „Dr. Martin – für Demokratie, Kontrolle, Gerechtigkeit“ – MARTIN	506 092	17,7	3
Die Grünen – Die Grüne Alternative – GRÜNE	284 505	9,9	2
Freiheitliche Partei Österreichs – FPÖ	364 207	12,7	2
Kommunistische Partei Österreichs – Europäische Linke KPÖ	18 926	0,7	0
Junge Liberale Österreich – JuLis	20 668	0,7	0
BZÖ – Mag. Ewald Stadler – BZÖ	131 261	4,6	0

Quelle: Bundeswahlbehörde.

Sieger der Europawahlen 2009 war in Österreich die Liste Martin. Sie kritisierte den Aufbau der Europäischen Union, trug aber keine extremistischen oder fremdenfeindlichen Züge. Die nationalpopulistische Rechte (FPÖ und BZÖ) konnte ihr Wahlergebnis im Vergleich zu 2004 fast verdreifachen.

17 Siehe ISA, Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse Europawahl 2009, in: http://www.sora.at/images/doku/wahlanalyse_sora_isa_grafiken.pdf; Analyse der EU-Wahl 2009, in: <http://www.sora.at/de/start.asp?b=556>; Wählerstromanalyse EU-Wahl 2009, in: <http://www.sora.at/de/start.asp?b=554> (Stand: 30.3.2010).

Tabelle 9: Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament in Österreich (FPÖ – BZÖ)

	1996	1999	2004	2009
FPÖ	27,53	23,40	6,31	12,71
BZÖ	–	–		4,58
Wahlbeteiligung	67,73	49,40	42,43	45,97

Quelle: BMI.

Im längerfristigen Vergleich bleibt die nationalpopulistische Rechte jedoch hinter ihrem Erfolg von 1996 zurück. Von 1996 bis 2004 sank die Wahlbeteiligung um ein Drittel. 2009 nahm sie wieder leicht zu, zumindest aber schien der Rückgang gestoppt. Am seltensten machten ältere Menschen und Personen mit Vorbehalten gegenüber der EU von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Tabelle 10: Wahlbeteiligung EU 2009 (in %)

Gesamt	46		
Männer	50	Arbeiter	51
Frauen	44	Angestellte	51
unter 35 Jahre	50	Selbständige und Landwirte	42
35–59 Jahre	48	Pensionisten	40
60 Jahre und mehr	42	Schüler, Studenten	55

Quelle: SORA ORF-Wahltagsbefragung: ISA Institut für Strategische Analyse und SORA Institute for Social Research and Analysis: telefonische Umfrage, n=1.251, Feldzeit 4. Juni bis 7. Juni 2009, Wahlberechtigte zur Europawahl ab 16 Jahren, Interviews durchgeführt vom Institut für Panelresearch.

Die aktivsten Wähler bei der Europawahl 2009 waren Schüler und Studierende; Bauern und Selbständige gingen am seltensten zur Urne. Die Nichtwähler sahen sich in ihren Erwartungen an die EU und ihre Politiker enttäuscht. Eine Rolle spielte aber auch die Unzufriedenheit mit der nationalen Politik, mit dem Angebot und der Arbeit der Parteien und Politiker in Österreich

Tabelle 11: Wahlbeteiligung Wahlen EU 2009 (in %)

Gesamt	46
EU-Befürworter	54
EU-Gegner	37
von Wirtschaftskrise Betroffene	52
von Wirtschaftskrise nicht Betroffene	49

Quelle: SORA.

Tabelle 12: Nichtwahlmotive (EU 2009 in %)

Protest gegen Politik in Österreich	16
von EU enttäuscht	31
Österreich hat keinen Einfluss	21
weiß nicht, was gewählt wird	5
kein Interesse	26
kein Unterschied, welche Partei im EuP ist	20
unattraktive Kandidaten	38
unattraktive Parteien	32
persönlich verhindert	11

Quelle: SORA, in Prozent der Nichtwähler (n=523), „trifft sehr zu“.

Tabelle 13: Einstellung zur EU: Die Mitgliedschaft ist ... (EU 2009 in %)

	eher eine gute Sache	weder noch	eher eine schlechte Sache	weiß nicht
SPÖ	64	30	6	0
ÖVP	77	18	4	1
MARTIN	53	23	11	3
Grüne	82	16	1	1
FPÖ	33	30	36	1
gesamt	54	28	16	3

Quelle: SORA.

Tabelle 14: EU in der Wirtschaftskrise: Die Mitgliedschaft bringt für Österreich ... (EU 2009 in %)

	eher mehr Vorteile	weder noch	eher mehr Nachteile	weiß nicht
SPÖ	60	18	19	4
ÖVP	66	14	17	4
MARTIN	49	18	28	5
Grüne	83	14	2	0
FPÖ	23	14	60	4
gesamt	49	19	28	5

Quelle: SORA.

Wahlabstinz hat also zwei Hauptgründe: den Protest gegen die EU und den Unmut über die zur Wahl stehenden Parteien und ihr Personal. Von dieser Unzufriedenheit der Wähler profitieren die Parteien, die die EU ablehnen oder sie scharf kritisieren.

Tabelle 15: Wählerstromanalyse Österreich (absolut, in 1 000 Stimmen)

	SPÖ 09	ÖVP 09	Martin 09	Grüne 09	FPÖ 09	BZÖ 09	Sonst. 09	Nichtw. 09	gesamt 09
SPÖ 04	536	16	75	12	26	15	3	151	834
ÖVP 04	12	667	29	12	15	13	2	70	819
Martin 04	14	17	213	7	55	12	1	31	350
Grüne 04	37	39	20	179	3	5	6	36	323
FPÖ 04	4	8	13	2	79	29	0	23	158
Sonst. 04	1	0	1	2	0	0	12	3	20
Nichtw. 04	76	112	156	70	188	57	16	3 185	3 860
gesamt 09	680	859	506	285	364	131	40	3 498	6 363

Quelle: SORA Wählerstromanalyse im Auftrag des ORF. Beispiel: Von den SPÖ-Wählern der EU-Wahl 2009 haben 536.000 wieder SPÖ gewählt, 16.000 haben die ÖVP gewählt, etc.

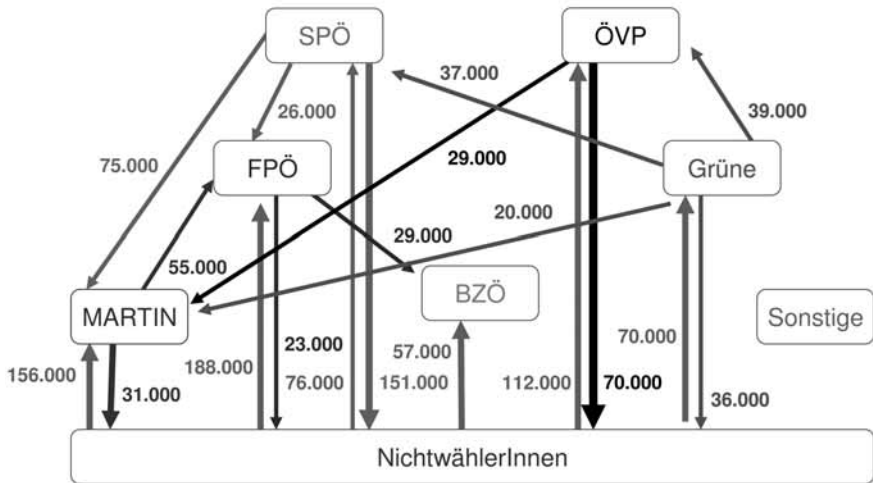
Tabelle 16: Wählerstromanalyse Österreich – Zeilenprozent

	SPÖ 09	ÖVP 09	Martin 09	Grüne 09	FPÖ 09	BZÖ 09	Sonst. 09	Nichtw. 09	gesamt 09
SPÖ 04	64 %	2 %	2 %	1 %	3 %	2 %	0 %	18 %	100 %
ÖVP 04	1 %	81 %	3 %	1 %	2 %	2 %	0 %	9 %	100 %
Martin 04	4 %	5 %	61 %	2 %	16 %	4 %	0 %	9 %	100 %
Grüne 04	11 %	12 %	6 %	56 %	1 %	1 %	2 %	11 %	100 %
FPÖ 04	3 %	5 %	8 %	1 %	50 %	18 %	0 %	15 %	100 %
Sonst. 04	5 %	0 %	7 %	11 %	0 %	0 %	62 %	16 %	100 %
Nichtw. 04	2 %	3 %	4 %	2 %	5 %	1 %	0 %	83 %	100 %

Quelle: SORA Wählerstromanalyse im Auftrag des ORF. Beispiel: Von den SPÖ-Wählern der EU-Wahl 2004 haben 64% wieder SPÖ gewählt, 2% haben die ÖVP gewählt, etc.

Bereits 2004 hatte die SPÖ stark an die Liste Martin verloren. Dieser Trend setzte sich 2009 fort: 75 000 Wähler kehrten der SPÖ den Rücken und stimmten für MARTIN. Weniger stark betroffen war die ÖVP. Aber auch sie musste 29 000 Wähler an Hans Peter Martin abgeben. Der Liste Martin gelang es ferner, 156 000 frühere Nichtwähler an die Urnen zu holen. Sie erhielt 2009 über eine halbe Million Wählerstimmen, mehr als doppelt so viele wie 2004 (213 000).

Abb. 2: Wählerstromanalyse. EU-Wahl in Österreich 2009



Quelle: ORF / SORA basierend auf dem Endergebnis mit Wahlkarten. Nur Ströme über 20 000.

Auch die FPÖ erreichte viele vormalige Nichtwähler: 188 000 verhalfen der Partei mit ihren Stimmen zu einem klaren Erfolg. Fünf Jahre zuvor waren allerdings zahlreiche FPÖ-Wähler in das Lager der Nichtwähler gewechselt. Es ist also anzunehmen, dass die Partei einen erheblichen Teil ihrer früheren Wähler wieder zurückgewinnen konnte. Zugewinne erzielte sie auch bei enttäuschten Wählern der Liste Martin.

28 Prozent der jüngeren Wähler entschieden sich für die ÖVP und machten sie damit zur stärksten Partei in dieser Altersgruppe. Punkten konnten dort auch die FPÖ und die Grünen, die mit 19 bzw. 14 Prozent überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielten. Auch bei den älteren Wählern ab 60 Jahren lag die ÖVP mit 33 Prozent vorn, gefolgt von der SPÖ mit 29 Prozent. In dieser Altersgruppe errang die Liste Hans Peter Martin 21 Prozent.

Tabelle 17: Wahlverhalten nach Geschlecht, Alter und Erwerb (EU 2009 in %)

	SPÖ	ÖVP	MARTIN	Grüne	FPÖ	BZÖ
Männer	23	32	15	9	15	5
Frauen	25	28	22	10	11	4
-35 Jahre	22	28	14	14	19	3
35-59 Jahre	23	30	20	10	10	6
60 Jahre und mehr	29	33	21	2	10	4
Arbeiter	17	29	17	5	24	7
Angestellte	26	30	14	15	9	4
Pensionisten	31	32	22	1	10	4

Quelle: SORA.

Die stärkste Zustimmung bei den Arbeitern fand die FPÖ, in geringem Umfang auch das BZÖ.

Das Institut SORA befragte EU-Befürworter und -Gegner nach ihrer Parteipräferenz und stellte fest: „Wenn nur EU-BefürworterInnen zur Wahl gegangen wären, hätte die ÖVP 36 Prozent der Stimmen bekommen, die SPÖ 24 Prozent, die Grünen 12 Prozent, Hans Peter Martin 15 Prozent, und die FPÖ nur 7 Prozent, das BZÖ 4 Prozent. Bei EU-GegnerInnen (also Personen, die die Mitgliedschaft Österreichs in der EU in Summe als schlechte Sache bezeichnen), kommen die EU-kritischen Parteien auf hohe Werte: Die FPÖ erreicht in dieser Gruppe 39 Prozent, Hans Peter Martin 31 Prozent der Stimmen.“¹⁸

Tabelle 18: Wahlverhalten nach Einstellung zur EU: Mitgliedschaft ist ...
(EU 2009 in %)

	SPÖ	ÖVP	Martin	Grüne	FPÖ	BZÖ
eine gute Sache	24	36	15	12	7	4
eine schlechte Sache	11	11	31	1	39	6

Quelle: SORA.

Die FPÖ profitierte bei der EU-Wahl auch von der Wirtschaftskrise: Menschen, die etwa durch Personalabbau oder Kurzarbeit von der Krise betroffen waren oder die Lohnneinbußen hinnehmen mussten, wählten fast doppelt so häufig die FPÖ wie andere Beschäftigte.

¹⁸ Siehe Analyse der EU-Wahl 2009, <http://www.sora.at/de/start.asp?b=556> (Stand: 30.3.2010).

Tabelle 19: Wahlverhalten nach wirtschaftlicher Lage (Erwerbstätige, betroffen von Personalabbau, Lohnverlust oder Kurzarbeit im Betrieb) (EU 2009 in %)

	SPÖ	ÖVP	Martin	Grüne	FPÖ	BZÖ
von Krise betroffen	14	36	13	10	23	2
von Krise nicht betroffen	23	30	17	12	12	6

Quelle: SORA.

Wegen der ihr zugeschriebenen Wirtschaftskompetenz wandten sich die von der Krise betroffenen Wähler der ÖVP zu. Der FPÖ gelang es, dank der Wirtschaftskrise viele Proteststimmen auf sich zu ziehen.

Was die Bedeutung der Spitzenkandidaten für die Wahlentscheidung anlangt, so erwies sich lediglich Hans Peter Martin als Zugpferd, die Entscheidung für die anderen Parteien war überwiegend inhaltlich motiviert.

Tabelle 20: Wahlmotiv Spitzenkandidat (EU 2009 in %)

Hannes Swoboda – SPÖ	26
Ernst Strasser – ÖVP	22
Hans Peter Martin	53
Ulrike Lunacek – Grüne	11
Andreas Mölzer – FPÖ	26

Quelle: SORA.

Hans Peter Martins Erfolg von 2004 war keine Eintagsfliege. Es gelang ihm sogar, sein Resultat noch zu verbessern. Er profitierte am stärksten von seinem Image als untypischer Politiker. Seine Wähler erwarteten von ihm die Kontrolle und Aufdeckung von Missständen. Allerdings blieb sein Erfolg auf die Europawahlen beschränkt; bei Nationalratswahlen konnte er ihn nicht wiederholen.

Tabelle 21: Wahlmotiv Hans Peter Martin (EU 2009 in %)

Stammwähler	10
Vertritt meine Interessen	49
Vertritt Interessen Österreichs in der EU	43
Wichtige Themen	57
Spitzenkandidat	53
Wahlwerbung	18
Berichterstattung in Zeitungen	29
Kontrolle von Missständen	75
Kein typischer Politiker	78

Quelle: SORA.

Zuwanderung und das Thema EU-Beitritt der Türkei dominierten die Wahlmotive der FPÖ.

Tabelle 22: Wahlmotiv FPÖ (EU 2009 in %)

Stammwähler	28
vertritt meine Interessen	68
vertritt Interessen Österreichs in der EU	50
wichtige Themen	75
Spitzenkandidat	26
Wahlwerbung	12
gegen EU-Beitritt der Türkei	81
gegen Zuwanderung	88
Kontrolle von Missständen	60

Quelle: SORA.

Aus dem Europawahlergebnis von 2009 lässt sich durchaus auf die Zukunft schließen: Bei den nächsten Wahlen kann die FPÖ praktisch nur hinzugewinnen. Das BZÖ bricht 2010 in sich zusammen und wird kein Hindernis mehr sein. Der einzige programmatische Punkt der Liste Martin ist ihre antieuropäische Einstellung. Diesen Programmpunkt kann die FPÖ problemlos bei den Landtagswahlen 2010 in Wien integrieren, und ebenso bei den nächsten Nationalratswahlen, wann auch immer sie sein mögen.

III. Sehnsucht nach dem „starken Mann“?

1. Kollektive Einstellungen und Fremdenfeindlichkeit

„Sehnsucht nach dem starken Mann?“. Mit diesem provozierenden Titel überschrieb der „Standard“¹⁹ seinen Kommentar einer Analyse der Europäischen Union über den Wertewandel in Österreich. Die Bestandsaufnahme der Demoskopen ist eindeutig: Die Österreicher interessieren sich immer weniger für Politik und vertrauen weder politischen Institutionen noch Parteien. Auch die Demokratie selbst steht immer häufiger in der Kritik. Die Marktwirtschaft verliert Akzeptanz. Ein kleiner, aber wachsender Teil der Bevölkerung lehnt das gesamte System fundamental ab. Die Befragten zeigen sich „distanziert“ oder feindlich gegenüber allem „Fremden“, seien es Staaten (Nachbarländer wie die Türkei, EU) oder Personen (Migranten, Asylbewerber, Zeitarbeiter, usw.). Die Mikrosolidarität, z. B. innerhalb der Familie, bleibt stark, aber die Mesosolidarität hat sich erheblich abgeschwächt. „Neidgeprägter Individualismus und Ausländer(innen)feindlichkeit“ treten immer deutlicher zutage.²⁰

Überfliegt man die Schlussfolgerungen nur oberflächlich, so könnte der Eindruck einer möglichen *Machtergreifung* durch einen Adolf II., getragen von einem neuen kollektiven Faschismus, entstehen. Doch auch wenn sich die österreichische Gesellschaft in einer tiefen Krise zu befinden scheint, ist sie von einem solchen Horror-Szenario weit entfernt. Die Daten belegen immerhin, dass sie ängstlich und besorgt ist und sich abschottet. Das deutsche Konzept der „eingeeigelten Gesellschaft“ ist eine nützliche Metapher zur Beschreibung der Situation in Österreich.

Das Interesse an der Politik hat sich in zwanzig Jahren verändert. Am höchsten war es 1999, als 69 Prozent der Befragten sich sehr oder etwas für Politik interessierten. In jenem Jahr führte die FPÖ mit ihrem Vorsitzenden Haider den Wahlkampf. Ihr Wahlsieg brachte sie im Jahr 2000 an die Regierung.

Tabelle 23: Interesse an Politik (in %)

	sehr	etwas	kaum	gar nicht
1990	16	38	25	21
1999	21	48	23	10
2008	18	38	27	17

Quelle: EVS 1990–2008. In: Christian Friesl/Regina Polak/Ursula Hamachers-Zuba (Hg), Die Österreicher innen, Wertewandel 1990–2008, Wien 2009, S. 211.

19 Studie: Sehnsucht nach dem „starken Mann“. In: Der Standard vom 14. Juni 2009.

20 Vgl. Christian Friesl/Regina Polak, Ursula Hamachers-Zuba (Hg), Die Österreicher innen, Wertewandel 1990–2008, Wien 2009, S. 208.

2008 wird der Rückgang deutlich sichtbar: Interesse an Politik zeigen nur noch 46 Prozent der Befragten, 1999 waren es 69 Prozent gewesen. Aber die Realität hinter diesen Zahlen ist komplex. 2008 interessieren sich Menschen im Ruhestand (78 Prozent), mit hohem Einkommen (72 Prozent), Linke (69 Prozent) und generell Männer (63 Prozent) mehr für Politik. Ein positiver Zusammenhang besteht zwischen einem hohen Bildungsabschluss und dem Interesse an Politik (42 Prozent sind sehr interessiert, nur 4 Prozent gar nicht). Von den jungen Menschen, besonders den 16- bis 24-Jährigen, interessiert sich nur ein Drittel (33 Prozent) für Politik.²¹ Die Frauen wenden sich mit 49 Prozent stark von der Politik ab, zumindest im Vergleich mit den Männern.

Politisch aktiv sind die Österreicher überhaupt nicht, lediglich bei der Frage nach der Beteiligung an einer Unterschriftensammlung gibt es nennenswerte Zustimmung.

Tabelle 24: Beteiligung an politischen Aktionen (2008)

Haben Sie sich schon oder würden Sie sich an folgenden politischen Aktionen beteiligen?	schon einmal beteiligt	vielleicht einmal tun	niemals tun
an einer Unterschriftensammlung beteiligen	46	29	21
an einem Boykott beteiligen	8	33	52
Teilnahme an einer genehmigten Demonstration	14	33	48
Beteiligung an einem ungenehmigten Streik	4	21	68
Gebäude und Fabriken besetzen	2	13	79

Quelle: EVS 1990–2008, S. 212.

Aber es gibt Anzeichen für eine Radikalisierung: Wilde Streiks und Betriebsbesetzungen werden von 25 bzw. 15 Prozent der Befragten als politische Maßnahme akzeptiert. 1990 lagen die Zahlen noch bei 10 bzw. 7 Prozent, 1999 bei 19 respektive 10 Prozent. Von ihrem politischen Profil her handelt es sich bei diesen Aktivisten um junge Sympathisanten einer antikapitalistischen Linken, die die Immigration tolerieren und die Mikrosolidarität in der Kernfamilie ablehnen.²² Seit 1999 geht das Vertrauen der Österreicher in die Institutionen zurück.

²¹ Nur 4 % bezeichnen sich als politisch sehr interessiert.

²² Vgl. Friesl/Polak/Hamachers-Zuba (Hg.), Die Österreicher innen, S. 213.

Tabelle 25: Vertrauen in Institutionen („sehr viel“ und „viel“ Vertrauen)

Vertrauen	1990	1999	2008	Veränderung 1999-2008
Gesundheitswesen	–	85	72	-8
Polizei	67	74	70	-4
Bildungssystem	64	85	63	-22
Rechtssystem	58	66	62	-4
Sozialversicherung	66	67	54	-7
Bundesheer	28	38	41	+3
Verwaltung	40	40	39	-1
Kirche	49	38	36	-2
Presse	17	31	34	+3
Parlament/Nationalrat	40	39	28	-11
UNO	–	38	27	-11
große Wirtschaftsunternehmen	41	39	26	-13
EU	–	36	26	-10
Gewerkschaften	34	30	26	-4
NATO	–	26	18	-8
Regierung	–	–	16	–
politische Parteien	–	17	14	-3

Quelle: EVS 1990–2008, S. 216.

Diese Tabelle zeigt, dass anonyme Institutionen, z. B. Sozialversicherung, Polizei oder das Rechtssystem, hohe Zustimmungswerte erreichen, während politische oder soziale Institutionen (Parteien, Gewerkschaften, Regierung, usw.) am Ende der Skala liegen. Zwischen diesen beiden extremen Polen liegt eine Gruppe von Einrichtungen mit relativ niedrigen Werten, z. B. Presse, Kirche und Parlament. Überraschend ist, dass alle Institutionen – mit Ausnahme des Bundesheers und der Presse – im Vergleich zu 1999 an Akzeptanz verlieren. Die spürbarsten Verluste erleiden im Wesentlichen die „politischen Institutionen“, gefolgt vom Bildungswesen (-22 Prozent).²³ Rechtssystem und Polizei bleiben dagegen mit einem Verlust von nur -4% erstaunlich stabil.

2008 sind nur noch 50 Prozent der Befragten zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie, nur noch 4 Prozent sind sehr zufrieden. Dagegen sind 35 Prozent eher unzufrieden und 11 Prozent sehr unzufrieden. Im Vergleich zu

23 Die Gründe sind in einer schlechten Beurteilung der österreichischen Universitäten in internationalen Rankings zu suchen, aber auch in der Platzierung in der PISA-Studie. Vgl. http://www.pisa.oecd.org/pages/0,2987,en_32252351_32235731_1_1_1_1_1,00.html.

1999 hat sich der Prozentsatz der Zufriedenen (73 Prozent) um ein Drittel verringert, während derjenige der Unzufriedenen von 22 auf 26 Prozent angestiegen ist. Dies ist ein klares Alarmsignal.

Tabelle 26: Demokratiezufriedenheit nach Kategorien 1999–2008
(vereinfachte Tabelle in %)

	1999	2008	Entwicklung 1999–2008
gesamt	73	50	-23
SPÖ-Sympathisant/inn/en	88	71	-17
ÖVP-Sympathisant/inn/en	86	62	-24
Kirchgänger/innen	85	54	-31
bin „rechts“	83	41	-42
bin glücklich	79	55	-24
ohne Schulabschluss	78	48	-30
Geschiedene	63	51	-12
FPÖ-Sympathisant/inn/en	63	36	-27
Konfessionslose	61	34	-27
„Zuwanderung verbieten“	60	9	-51
bin unglücklich	56	36	-20

Quelle: EVS 1999–2008, S. 221.

In allen Kategorien schwindet die Demokratiezufriedenheit. Nur noch die Sympathisanten von SPÖ und ÖVP, die Kirchgänger, die Glücklichen und Geschiedenen sind mehrheitlich mit der Demokratie zufrieden. Am wenigsten zufrieden sind die FPÖ-Sympathisanten, die Konfessionslosen, die Befürworter eines Zuwanderungsverbots und die Unglücklichen. Der stärkste Rückgang der Zufriedenheit ist zu verzeichnen bei den Befürwortern eines Zuwanderungsverbots (-51 Prozent), denjenigen, die sich „rechts“ verorten (-42 Prozent), den Kirchgängern (-31 Prozent), den Menschen ohne Schulabschluss (-30 Prozent) und den Konfessionslosen (-24 Prozent). Die negative Bilanz betrifft insbesondere das politische System als Ganzes, weniger die Demokratie an sich.²⁴

Im Jahr 2008 wollen 83 Prozent der Befragten ein demokratisches System (1999: 93 Prozent), 88 Prozent teilen die Vorstellung, dass die Demokratie das beste aller Systeme sei (1999: 94 Prozent). Die „Antidemokraten“ sind in einer verschwindenden Minderheit. Dennoch steigt der Zuspruch zu Gegenmodellen. 21 Prozent der Bevölkerung können sich einen Führer/starken Mann an der Spitze des Staates vorstellen, der sich weder um das Parlament noch um Wahlen

24 Vgl. Friesl/Polak/Hamachers-Zuba (Hg.), Die Österreicher innen, S. 222.

kümmert (1999: 15 Prozent), 5 Prozent können dies sogar sehr gut. 2008 meinten 51 Prozent, die Regierungsarbeit könne sehr wohl von Experten geleistet werden, die entschieden, was für das Gemeinwohl notwendig sei (1999: 55 Prozent). Für 6 Prozent ist die Vorstellung einer Militärdiktatur akzeptabel (1999: 1 Prozent).

Es ist absolut nachvollziehbar, dass die Meinungsforscher sich angesichts dieser Zahlen Sorgen über die antidemokratischen Tendenzen machen. Die Kombination aus einem Tiefstand des Vertrauens in Institutionen und Demokratiekritik sowie die (zwar noch begrenzte) Akzeptanz antidemokratischer Gegenmodelle stellt in der Tat eine explosive Mischung dar.²⁵

Sieht sich Österreich mit einer starken autoritären Versuchung konfrontiert? 2008 bereiteten den Österreichern der Kampf gegen die Preissteigerungen Sorgen. Dieses Thema ist angesichts der derzeitigen Deflation nicht mehr von so großer Bedeutung. An seine Stelle ist (siehe unten) das Thema des Erhalts der Arbeitsplätze getreten.

Tabelle 27: Ziele für Österreich (wichtigstes und zweitwichtigstes Ziel in %)

	1990	1999	2008
Kampf gegen steigende Preise	25	19	54
Recht auf Meinungsfreiheit schützen	59	63	31

Quelle: EVS 1990–2008, S. 227. Vereinfachte Tabelle.

Die auffälligste Veränderung betrifft den Schutz der Meinungsfreiheit. Von 1999 bis 2008 sinkt die Zustimmung zu diesem Ziel um 32 Punkte. Dies kann als Folge der Wahrnehmung äußerer und innerer Bedrohungen verstanden werden. Angesichts des islamistischen Terrorismus akzeptieren die Österreicher/innen die Einschränkung der Meinungsfreiheit für die „Feinde der Freiheit“. Diese Entwicklung ist auch in anderen Ländern festzustellen, z. B. in Deutschland.

Seit 1990 hat sich die österreichische Gesellschaft auch in anderen Punkten stark gewandelt. Der Individualismus wächst seit 1990, der Autoritarismus bleibt ebenso stabil wie die Mikrosolidarität, der Mega-Wert par excellence. Die Xenophobie hat dagegen seit 1990 stark zugenommen (+10 Prozent), bleibt aber auf dem Niveau von 1999. Die Makrosolidarität schwächt sich in beunruhigendem Maße ab (13 Prozent im Jahr 2008).

25 Vgl. ebd., S. 223.

Tabelle 28: Mega-Werte (Indizes: „Stimme sehr zu“ und „Stimme zu“ – in %)

	1990	1999	2008
Individualismus	55	72	76
Autoritarismus	30	26	30
Ausländer(innen)feindlichkeit	45	54	55
Mikrosolidarität	70	79	72
Makrosolidarität	18	17	13

Quelle: EVS 1990–2008, S. 232.

Der Index des Individualismus zeigt eine starke Dominanz des Typs „Ich im Zentrum“. Diese Dominanz zieht sich durch alle Bevölkerungsgruppen und -schichten, unabhängig von Alter, Stand oder Bildung.

Der Index Autoritarismus beschreibt ein psychologisches Grundmuster, das durch dominantes Verhalten gegenüber anderen und Unterwürfigkeit gegenüber Vertretern der Obrigkeit gekennzeichnet ist.

Tabelle 29: Autoritarismus (in %)

	1990	1999	2008
Wo strenge Autorität ist, dort ist auch Gerechtigkeit.	23	25	27
Sicherheit und Wohlstand sind wichtiger als Freiheit.	17	23	28
Mitreden und Mitentscheiden soll man erst, wenn man durch harte Arbeit eine Position erreicht hat.	29	25	29
Der Sinn des Lebens besteht darin, eine angesehene Position zu gewinnen.	29	24	30
Das Wichtigste, was Kinder lernen müssen, ist Gehorsam.	41	40	40
Index Autoritarismus	30	26	30

Quelle: EVS 1990–2008, S. 235.

Die seit 1990 konstante Zustimmung zu den Aussagen 1, 3, 4 und 5 bestätigt dieses autoritäre psychologische Grundmuster. Nur die Zustimmung zu Aussage 2 steigt beständig an. Sicherheit und Wohlstand werden der Freiheit vorgezogen.

Der Autoritarismus hat besonders viele Anhänger bei den Gegnern der Immigration (31 Prozent), bei denen, die sich als „Fremde im Land“ fühlen (34 Prozent) und bei den Verfechtern eines Zuwanderungsverbotes (54 Prozent). Autoritarismus steht auch in engem Zusammenhang mit der individuellen Unzufriedenheit. Menschen, die mit ihrem Leben unzufrieden sind (45 Prozent) und

die anderen nicht vertrauen (30 Prozent), sehen ein autoritäres Modell als Lösung ihrer Probleme an. Die ältesten Befragten (über 60 Jahre alt) sind autoritärer (40 Prozent) als die Unter-30-Jährigen (25 Prozent). Dies gilt auch für Menschen ohne Schulabschluss (54 Prozent), während bei den Akademikern die Zustimmungsrates nur bei 11 Prozent liegt. Untersucht man den Autoritarismus nach Parteisympathien, so kann es nicht überraschen, dass die Anhänger der FPÖ die Liste mit 40 Prozent anführen. Es folgen diejenigen der SPÖ (39 Prozent) und der ÖVP (29 Prozent). Bei den BZÖ-Sympathisanten sind es nur 26 Prozent – ein weiterer Hinweis auf die Unterschiede zwischen der BZÖ- und der FPÖ-Wählerschaft.²⁶

Sind die Österreicher noch solidarisch? Solidarität beschreibt nicht nur eine Form der Unterstützung der nächsten Verwandten, sondern auch das Eintreten für andere Menschen auf sozialer Ebene, um zu einer gerechten Verteilung der Chancen beizutragen.²⁷

Tabelle 30: Typen der Solidarität

Typen der Solidarität	Reichweite	Inhalte
Mikrosolidarität	Familie	Teilen und Konfliktlösung in der Familie
Mesosolidarität	Nachbarschaft bis eigene Gesellschaft	Umverteilung, Verringerung von Einkommensunterschieden und Armut in der Gesellschaft
Makrosolidarität	Ausländer/-innen	Ausgrenzung, Anpassungsdruck bzw. Integration, Toleranz

Quelle: Friesl/Polak/Hamachers-Zuba (Hg.), *Die Österreicher innen*, S. 238.

Typologisch unterscheidet man drei Formen der Solidarität (mikro, meso, makro) mit unterschiedlichen, klar abgegrenzten Inhalten. Wie bei den Umfragen von 1990 und 1999 bleibt die Mikrosolidarität auch 2008 der wichtigste Wert.

26 Diese Unterschiede zwischen FPÖ und BZÖ könnte man als Zeichen der Entwicklung eines „liberalen Flügels“ im BZÖ interpretieren

27 Vgl. Paul Zulehner (Hg.), *Solidarität: Option für die Modernisierungsverlierer*, Wien 1996.

Tabelle 31: Mikrosolidarität („stimme sehr zu“ und „stimme zu“ – in %)

	1990	1999	2008
Ohne Familie kann man nicht lernen, Konflikte zu lösen.	63	62	62
Das Wichtigste, was Kinder lernen müssen, ist das Teilen.	70	76	75
Teilen lernt man am besten in der Familie.	86	88	83
Index Mikrosolidarität	70	79	72

Quelle: EVS 1990–2008, S. 238.

Die Makrosolidarität entwickelt sich umgekehrt. Der Index der Ausländer(innen)feindlichkeit erhöht sich seit 1990, allerdings bleibt er zwischen 1999 und 2008 auf hohem Niveau stabil (Index: 1990: 45; 1999: 54; 2008: 55, siehe unten).

Die Mesosolidarität nimmt eine für die Zukunft der Gesellschaft bedeutsame Entwicklung, die man als Effekt der Wirtschaftskrise von 2008 interpretieren könnte. 2008 fordern drei Viertel der Befragten (74 Prozent, 1990: 39 Prozent) die Verringerung der Einkommensunterschiede. 37 Prozent (1999: 25 Prozent) sind damit einverstanden, den Reichen einen Teil ihres Besitzes wegzunehmen und ihn an Bedürftige zu verteilen. 53 Prozent (1999: 41 Prozent) stimmen für freiwilligen Verzicht, um die Armut zu überwinden. Für die Demoskopen sind diese Ergebnisse Anzeichen der Auflösung der Mesosolidarität. Sie wird zur Forderung nach einer Umverteilung von oben nach unten, die sich an andere richtet („die da oben“, die „oberen Zehntausend“, die Reichen) und nicht als Anspruch an das persönliche Handeln verstanden wird.²⁸

Es stellt sich die Frage, welche Entwicklungen diese österreichische „eingegelte“ Gesellschaft von der Zukunft erhofft. Es ist nicht überraschend, dass die Wünsche nach mehr Familienleben und mehr persönlicher Entfaltung dominieren. Dieses Ergebnis korreliert mit der Mikrosolidarität und mit einer Welt des Individualismus, in der das Ich im Zentrum steht.

Tabelle 32: Erwünschte Entwicklungen (in %)

	1990	1999	2008
mehr Wert auf Familienleben legen	91	91	97
persönliche Entfaltung fördern	75	86	81
einfacher und natürlicher leben	83	80	78
mehr Respekt vor Autorität	46	37	51
mehr für den technischen Fortschritt tun	43	53	47
Arbeit im Leben weniger wichtig nehmen	22	29	37

Quelle: EVS 1990–2008, S. 246, vereinfachte Tabelle.

28 Vgl. Friesl/Polak/Hamachers-Zuba (Hg.), Die Österreicher innen, S. 240.

Die Bedeutung der Arbeit im Leben nimmt ab. Dies kann als Betonung des Hedonismus gewertet werden (das Beste aus dem Leben machen). Im Vergleich zu 1999 verliert der technische Fortschritt seine Bedeutung. Dies ist zweifellos ein Effekt der Krise und der Bedrohungen, denen die traditionellen Berufe der neuen Technologien ausgesetzt sind.

Das Verhältnis zwischen Individuum, Staat und Wirtschaft hat sich seit 1990 stark entwickelt. Diese Entwicklung kann mit Hilfe der Gegensatzpaare der Akzeptanz einer These oder ihres Gegenteils gemessen werden.²⁹

Tabelle 33: Staat, Wirtschaft und Individuum

Jahr	Aussagen	1-3	4-6	7-6	Gegenaussagen
1990	Jede/r Bürger/in sollte mehr Verantwortung übernehmen.	61	28	10	Der Staat sollte mehr Verantwortung übernehmen, dass jede/r Bürger/in abgesichert ist.
1999		50	35	13	
2008		44	42	12	
1990	Wettbewerb ist gut. Er bringt die Menschen dazu, hart zu arbeiten und neue Ideen zu entwickeln.	61	34	4	Wettbewerb ist schädlich. Er bringt das Schlechte im Menschen zum Vorschein.
1999		61	32	4	
2008		42	50	6	
1990	Der Staat sollte den Unternehmen mehr Freiheit lassen.	-	-	-	Der Staat sollte die Unternehmen besser kontrollieren.
1999		47	36	13	
2008		35	45	15	
1990	Einkommensunterschiede sollten einander stärker angeglichen werden.	32	54	33	Wir brauchen größere Einkommensunterschiede als Anreiz für individuelle Leistungen.
1999		38	42	18	
2008		55	37	5	
1990	Mehr staatliche Unternehmen sollten privatisiert werden.	57	37	4	Mehr private Unternehmen sollten verstaatlicht werden.
1999		54	34	5	
2008		29	51	9	

Quelle: EVS 1990-2008, S. 251.

Der Vergleich der Daten zwischen 1990 und 2008 zeigt, dass die Zahl der Befragten, die mehr Eigenverantwortung wünschen, stark zurückgeht (-17 Prozent). Die vorherrschende Tendenz ist diejenige eines Gleichgewichtes zwischen Individuum und Staat. Diese Verteilung findet man in den Antworten zum Verhältnis zwischen Staat und Unternehmen; der Liberalismus verliert zwischen 1999 und 2008 an Zustimmung (-12 Prozent). Die größte Veränderung betrifft

²⁹ Ebd., S. 248.

die Frage der Einkommensunterschiede (55 Prozent). Ferner werden Privatisierungen klar abgelehnt, denn sie werden mit Arbeitslosigkeit, Standortverlagerung und Preissteigerung assoziiert. Die Botschaft ist eindeutig: Der liberale Kapitalismus hat Terrain verloren zu Gunsten eines Wirtschaftsmodells, das ohne Verstaatlichung und Bürokratie eine gerechte Entlohnung der Arbeit und Verteilung des Reichtums garantiert. Der Staat muss nicht alles bestimmen, aber seine Aufgabe ist es, die Auswüchse des Neoliberalismus/Hyperliberalismus zu korrigieren.

In den vergangenen 18 Jahren hat sich auch das Verhältnis der Werte Freiheit und Gleichheit stark verändert. Der Wunsch nach Gleichheit ist um 10 Punkte angestiegen, während die Freiheit 12 Punkte verloren hat.

Tabelle 34: Freiheit und Gleichheit (in %)

	1990	1999	2008
Freiheit ist wichtiger als Gleichheit	60	53	48
Gleichheit ist wichtiger als Freiheit	28	34	38

Quelle: EVS 1990–2008, S. 254.

Hinter diesen nackten Zahlen verbirgt sich eine doppelte Entwicklung. Offensichtlich verlangen die von der Teilhabe am Wohlstand Ausgeschlossenen eine gerechtere Verteilung des Reichtums. 43 Prozent der Geringverdiener gehören zu dieser egalitären Gruppe. Auf der anderen Seite haben die früheren Verfechter der Freiheit im Gefolge der Krise teilweise ihre Positionen revidiert. So gaben 1990 68 Prozent der Akademiker der Freiheit den Vorrang. 2008 sind es nur noch 51 Prozent.

Ihre Analysen führen die Meinungsforscher zu einem Schluss, der auch für andere europäische Länder wichtig ist: „Wenn die Solidarität nachlässt und sowohl Individualismus als auch der Wunsch nach Gleichheit steigen, liegt der Verdacht nahe, dass der Gleichheitsanspruch nicht nur ein Ausdruck von Gerechtigkeitsempfinden, sondern auch ein ‚Neidthema‘ ist.“³⁰

Ein weiterer Indikator für die immer schärfere Kritik der kapitalistischen Gesellschaft findet sich in den Antworten auf die Frage, warum Menschen in Not geraten. Die Zustimmung zu der Aussage, es sei die Ungerechtigkeit in der Gesellschaft, ist seit 1999 um 13 Prozent gestiegen. Umgekehrt verliert die individuelle Schwächen (Faulheit und Mangel an Willenskraft) als Erklärungsmuster an Bedeutung.

³⁰ Ebd., S. 255.

Tabelle 35: Warum Menschen in Not geraten

	1990	1999	2008
wegen Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft	25	21	34
wegen Faulheit und Mangel an Willenskraft	38	32	29
das ist ein unvermeidbarer Bestandteil des modernen Fortschritts	24	24	20
weil sie kein Glück haben	13	13	12

Quelle: EVS 1990–2008, S. 256.

Wenn die österreichische Gesellschaft vom „Sozialneid“ beherrscht wird – Haider hat das Thema des „Futterneides“ benutzt –, so muss sich die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen (Einheimische und Migranten) zwangsläufig verschärfen. Das moderne Österreich ist eine multikulturelle Gesellschaft. In mehreren Wellen haben sich Zuwanderer niedergelassen. 2008 befindet sich das Land ganz offensichtlich in einem Zustand kollektiver Fremdenfeindlichkeit.

Tabelle 36: Index „Ausländer/innenfeindlichkeit“ (in %)

	1994	1999	2008
Zustimmung	45	54	55
weder noch	27	25	30
Ablehnung	18	17	13
fehlend	10	3	2

Quelle: Solidaritätsstudie 1994 und EVS 1990–2008. In: Friesl/Polak/Hamachers-Zuba (Hg.), Die Österreicher innen, S. 258.

Diese findet ihren Ausdruck zum einen in der Zustimmungsrate von 55 Prozent, zum anderen im gleichzeitigen Rückgang der Ablehnung der Xenophobie seit 1994. Die Zustimmung zu fremdenfeindlichen Aussagen etwa zum Lebensstil und dem Zurückschicken der Ausländer in ihre Heimat zwischen 1999 und 2008 steigt.

Tabelle 37: Ausländerfeindliche Aussagen

Ausländerfeindliche Aussagen		1999	2008
Ausländer/innen sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Inländer/innen anpassen.	Zustimmung	72	80
	weder noch	16	12
	Ablehnung	9	6
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man Ausländer und Ausländerinnen zurück-schicken.	Zustimmung	46	49
	weder noch	24	22
	Ablehnung	26	27
Man sollte Ausländer(inne)n jede politische Betätigung im Inland untersagen.	Zustimmung	44	43
	weder noch	20	20
	Ablehnung	30	30

Quelle: EVS 1999–2008, S. 259.

Die Fremdenfeindlichkeit wird aus drei unterschiedlichen Quellen gespeist: Die erste entspringt wirtschaftlichen Sorgen, die zweite ist kultureller Natur, die dritte schließlich nährt sich aus den Themen innere und internationale Sicherheit. 69 Prozent der 2008 Befragten glauben, dass die Kriminalität wegen der Ausländer gestiegen sei, 66 Prozent sehen in ihnen eine Bedrohung des Sozialsystems, 48 Prozent zeigen sich überzeugt, dass sie den Österreichern ihren Arbeitsplatz wegnehmen. 65 Prozent der Befragten finden, es gebe zu viele Ausländer in Österreich, 52 Prozent fühlen sich nicht mehr zu Hause. Die Verschlechterung der Situation zeigt sich in der zunehmend schwächeren Korrelation zwischen einem hohen Bildungsniveau und Toleranz. Im Klartext: Auch die Eliten werden fremdenfeindlich.

Wie sehen die Feindbilder aus? Die Umfrage über unerwünschte Nachbarn ist bezeichnend: Praktisch alle Kategorien – mit Ausnahme der AIDS-Kranken und der Homosexuellen – werden seit 1990 immer stärker abgelehnt. 2008 sind die Drogenabhängigen und die Neonazis am unbeliebtesten, gefolgt von Alkoholikern und Linksextremisten. Roma und Sinti, Muslime und Juden liegen weit dahinter. Berücksichtigt man aber die Entwicklung von 1999 bis 2008, so verändert sich dieses Bild: Roma und Sinti, Muslime, Zuwanderer und Juden werden immer mehr zu Opfern des Ostrazismus, ebenso wie psychisch Kranke und Vorbestrafte.

Tabelle 38: Wen hätten Sie nicht gerne zum/zur Nachbarn/Nachbarin?

Menschen aus welcher Personen- gruppe hätten Sie nicht gern zum Nachbarn/zur Nachbarin?	1990	1999	2008	Veränderung 1990–2008	Veränderung 1999–2008
Drogenabhängige Menschen	59	53	65	+6	+12
Rechtsextremist(inn)en	42	60	61	+19	+1
Leute, die oft betrunken sind	58	53	59	+1	+6
Linksextremist(inn)en	43	50	48	+5	-2
vorbestrafte Personen	31	27	45	+14	+18
psychisch instabile Personen	20	18	36	+16	+18
Roma und Sinti	–	25	32	–	+7
Muslime/Musliminnen	15	15	31	+16	+16
Leute, welche an AIDS erkrankt sind	32	17	27	-5	+10
Homosexuell orientierte Menschen	43	25	25	-18	0
Zuwanderer/Zuwanderinnen, Gastarbeiter/innen	21	15	23	+2	+7
Menschen anderer Hautfarbe	8	7	18	+10	+12
Juden und Jüdinnen	11	8	18	+7	+10
Menschen mit vielen Kindern	6	4	15	+9	+11
weiß nicht	–	–	10	–	–
keine der genannten	10	10	8	-2	-2

Quelle: EVS 1999–2008, S. 265.

Schließlich soll noch untersucht werden, wo die Österreicher sich zugehörig fühlen. 46 Prozent der Österreicher sind sehr stolz auf ihr Land, relativ stolz sind 38 Prozent. Befragt man sie nach den Gründen für diesen Nationalstolz, so erklären ihn 94 Prozent mit der deutschen (Mutter-)Sprache, 73 Prozent damit, dass sie in diesem Land geboren sind, 52 Prozent mit ihren österreichischen Vorfahren. Erweitert man den Fragebogen um das Thema der persönlichen Wurzeln, so zeigt sich, dass die *Heimat* dominiert und eine immer größere Bedeutung für die Verwurzelung hat.

Tabelle 39: Welchen dieser geographischen Räume fühlen Sie sich in erster Linie/in zweiter Linie zugehörig? (Angaben in %)

	1990	1999	2008
<i>Zugehörigkeit in erster Linie zu</i>			
Stadtteil/Ort, wo ich lebe	34	35	25
Gegend	32	34	36
Österreich	27	24	27
Europa	4	4	5
der ganzen Welt	3	3	5
<i>Zugehörigkeit in zweiter Linie zu</i>			
Stadtteil/Ort, wo ich lebe	16	16	19
Gegend	29	35	28
Österreich	41	37	38
Europa	9	8	10
der ganzen Welt	4	3	4

Quelle: EVS 1999–2008, S. 276.

An zweiter Stelle steht Österreich, dann der der Wohnort/Stadtteil und sehr weit dahinter Europa und die Welt, die unbeliebt bleiben.

Systemisch zeigt die EVS-Studie, dass die klassische These einer engen Korrelation zwischen „Modernisierungsverlierern“ und Fremdenfeindlichkeit auf Österreich nur sehr bedingt zutrifft. Die wichtigsten Faktoren sind Frustrationen und Ängste. Das Problem im Österreich des 21. Jahrhunderts besteht in der Interaktion psychologischer, sozialer und ökonomischer Faktoren. Die Ängste verbinden sich ideologisch mit nationalistischen und autoritären Traditionen. Ein großer Teil der Bevölkerung formuliert und verinnerlicht einen Diskurs, der den Zustand der Gesellschaft, die wirtschaftliche Krise und die Globalisierung anprangert. Die kollektive Fremdenfeindlichkeit der Österreicher hat einen doppelten Ursprung: Sie steht ideologisch auf der Grundlage des bereits beschriebenen kritischen Diskurses, ist aber auch eine Reaktion (eingeeigelte Gesellschaft) auf die schnelle Modernisierung der Gesellschaft.

2. Die Bankenkrise und das „Haus Europa“

Die Bankenkrise von 2009 hatte zumindest einen leicht positiven Effekt auf die Wahrnehmung der Strukturen der EU durch die Österreicher. Die Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2009 zeigt eine geringfügige Verbesserung des Anse-

hens der EU.³¹ Die Anerkennung der europäischen Anstrengungen zur Krisenbewältigung reicht jedoch nicht aus, um Österreich zu einer Nation überzeugter Europäer zu machen.

2005 und 2007 hielten nur rund ein Drittel der Österreicher die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache (32 Prozent bzw. 36 Prozent). Diese Zahl stieg 2009 auf 41 Prozent (EU: 53 Prozent). 2009 waren 47 Prozent der Befragten überzeugt, dass Österreich davon profitiere, 43 Prozent vertraten die gegenteilige Ansicht. Dennoch stand die Mehrheit der Österreicher dem Integrationsprozess unentschieden (38 Prozent) oder ablehnend (19 Prozent) gegenüber. Die Aufschlüsselung nach Alter zeigt, dass die Jüngeren die EU als Gewinn ansehen. Mit zunehmendem Alter der Befragten steigt die Skepsis, am stärksten ist sie bei den Über-40-Jährigen. Auf einer Skala von 1 bis 10 (10 ist die beste Wertung) geben die Österreicher der EU gute Noten auf den Feldern Forschung (5,6), Demokratie (5,6) und Gesundheit (5,3). Dagegen werden die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (3,9), die Kriminalität (4,3) und die Fähigkeit zur Sicherung des Wirtschaftswachstums (4,5) kritisiert. 67 Prozent der Österreicher lehnen eine erneute Erweiterung der EU ab, nur 20 Prozent plädieren für den Austritt Österreichs aus der EU.

Die semantischen Assoziationen bestärken dieses zwiespältige Image der EU. 46 Prozent sehen in ihr einen Faktor der Freiheit, aber 46 Prozent beklagen auch den Anstieg der Kriminalität und 37 Prozent eine zunehmende Bürokratie. 34 Prozent der Österreicher beklagen das Fehlen schärferer Kontrollen an den Grenzen, und für 31 Prozent ist die EU eine Institution, die Arbeitsplätze vernichtet. Wir wollen diese Ergebnisse nicht dramatisieren. Aber sie bieten den nationalpopulistischen und anti-europäischen Parteien und Gruppen ein weites ideologisches Feld.

3. Die österreichische Perzeption der Wirtschaftskrise im Jahr 2009

Die EVS-Studie hat den Nachweis erbracht, wie weit der Wertewandel in Österreich zwischen 1990 und 2008 fortgeschritten ist. Abschließend stellt sich die Frage, welche Auswirkungen die Bankenkrise und der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahre 2009 auf die festgestellten gravierenden Trends gehabt haben. Eine Umfrage von März 2009 liefert ein sehr widersprüchliches Bild, spiegelt aber auch – und dies kann nicht überraschen – kollektive Erwartungen.³² Gefragt wurde: Die aktuelle Krise wird ja verschiedene Folgen haben – welche davon sind aus Ihrer Sicht völlig unerwünscht (VU), welche sind eher unerwünscht (EU), welche sind eher erwünscht (EE) und welche völlig erwünscht (VE)?

31 Standard Eurobarometer 71. In: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb71/eb71_en.htm. (Stand 31. 03. 2010).

32 Der Standard, telefonische Interviews, 18. und 19. März 2009, repräsentativ für die österr. Bevölkerung ab 16 Jahren.

Tabelle 40: Die Österreicher in der Krise

	VU	EU	EE	VE
Die Menschen erkennen, was im Leben wichtig ist.	2	3	30	60
Man verbringt wieder mehr Zeit mit der Familie.	3	4	29	59
Die Menschen werden wieder mehr zusammenrücken, einander gegenseitig helfen.	2	7	46	42
Man wird wieder mehr langlebige Gegenstände kaufen, nicht so viel wegwerfen.	2	8	41	46
Die Menschen werden wieder bescheiden.	2	8	47	38
Es gibt mehr Sonderangebote und Schnäppchen.	3	7	41	43
Die gesunkene Nachfrage nach Öl hat Benzin bzw. Diesel billiger gemacht.	4	5	25	58
Man verbringt mehr Urlaub in Österreich.	2	9	38	44
In der öffentlichen Verwaltung wird gespart.	4	9	31	49
Die Menschen wissen einen starken Staat wieder zu schätzen.	3	9	41	38
Es gibt weniger LKW-Verkehr.	2	11	33	46
Wenn weniger produziert wird, gibt es auch weniger Umweltverschmutzung.	2	11	44	34
Wichtige Reformen im Bankenbereich könnten endlich gestartet werden.	2	6	41	36
Der Euro wird als Stabilitätsfaktor erkannt.	5	8	42	34
Die Ehen halten länger, man lässt sich nicht gleich scheiden.	3	7	37	37
Die Amerikaner sind entzaubert worden, verlieren in der Bedeutung als Supermacht.	2	14	41	29
Weniger Umweltbelastung durch die Verschrottungsprämie für alte Autos.	5	12	38	31
Die Superreichen verlieren an Vermögen, sind weniger reich.	5	12	29	39
Es werden weniger ausländische Arbeitskräfte gebraucht.	4	15	35	33
Es kommen neue Politiker mit neuen Ideen gegen die Krise.	7	18	41	23
Die EU wird stärker und kann Wirtschaft und Politik mitgestalten.	9	19	36	24
Die schlechten Unternehmen müssen zusperren, dadurch werden die guten gestärkt.	6	27	40	14
Die Menschen erkennen, dass die EU dem kleinen Mann nicht hilft.	13	25	23	22
Die Religion bekommt wieder mehr Bedeutung.	20	25	33	10
Die regierenden Politiker werden abgewählt werden.	10	38	29	10
Die Rechten und Nationalen werden gestärkt.	44	18	14	9
Die Linken und Kommunisten werden gestärkt.	40	24	15	6
Es werden viele Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren.	85	9	1	4

Quelle: Der Standard.

Diese Tabelle offenbart eine beunruhigte Gesellschaft, die unterschiedlich reagiert. Auf der einen Seite steht als starker Trend die Flucht in traditionelle Werte wie Familie, nachbarschaftlicher Zusammenhalt, Heimat usw., wenngleich die Bedeutung der Religion als Orientierungsrahmen weiter abnimmt. Der starke Staat erlebt eine Renaissance, und die Befragten erhoffen sich den Abbau der Bürokratie sowie Lösungen für die Umweltprobleme. Andere Themen zeigen die Herausbildung einer leichten Proteststimmung, die sich an der diffusen Ablehnung des Kapitalismus und der Reichen nachweisen lässt. Die rechtsextremistischen und kommunistischen Indikatoren sind erstaunlich stark, 23 Prozent bzw. 21 Prozent der Befragten wünschen eine Verstärkung dieser politischen Richtungen. Diese Zahl ist überraschend angesichts der Wahlergebnisse der KPÖ in den letzten Jahrzehnten.³³ Die Korrektur der Irrtümer und Exzesse des Kapitalismus (zum Beispiel die Kontrolle des Bankensektors) sind nicht nur Forderungen der befragten Österreicher, sondern finden sich in allen Meinungsumfragen in der gesamten EU. Auch wenn der Weg der neuen Eliten an die Macht mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wird, befindet sich Österreich doch noch lange nicht in einer vorrevolutionären Situation.

Die Wähler beurteilen die Fähigkeit der politischen Parteien, die Wirtschaftskrise zu überwinden, sehr negativ. Dies gilt auch für die Protestformationen.³⁴

Tabelle 41: Wichtige Aufgaben der aktuellen Regierung (November 2009 – in %)

	sehr wichtig	wichtig	unwichtig
Arbeitsplätze sichern	71	24	4
für Wirtschaftswachstum sorgen	66	29	5
Folgen der Wirtschaftskrise bewältigen	66	30	4
für bessere Bildungschancen sorgen	53	37	11
für soziale Gerechtigkeit sorgen	53	39	8
für angemessene Löhne sorgen	53	38	9
Schulsystem verbessern	47	36	17
bessere Vereinbarkeit von Beruf/Kindererziehung	45	39	16
Integration Einwanderer voranbringen	22	40	38

Quelle: IGF-Aktuell. Problemlösungen der Parteien, November 2009. In: <http://www.igf.at/Documents/Presse/kompetenz09.pdf>.

³³ Die Partei erreicht immer rund 1 % der Stimmen.

³⁴ Vgl. IGF-Aktuell. Problemlösungskompetenz der Parteien, Salzburg, 18.11.2009. In: <http://www.igf.at/Documents/Presse/kompetenz09.pdf>.

Was die Kompetenz anlangt, so lässt die ÖVP mit 27 Prozent die SPÖ mit 15 Prozent deutlich hinter sich. Alle anderen Parteien sind in den Augen der Befragten nicht glaubwürdig. 44 Prozent der Befragten haben kein Vertrauen mehr in die politischen Parteien. Dies erklärt auch den neuerlichen Anstieg des politischen Desinteresses.³⁵

Im März/April 2007 hatten sich noch 33 Prozent der Befragten für Politik interessiert (7 Prozent sehr interessiert, 26 Prozent interessiert, 43 Prozent weniger interessiert, 24 Prozent kein Interesse bzw. keine Angaben). Der Trend setzte sich fort: Im November 2009 äußerten nur noch 29 Prozent der Befragten Interesse an der Politik (8 Prozent sehr interessiert, 21 Prozent interessiert, 43 Prozent weniger interessiert, 28 Prozent kein Interesse bzw. keine Angaben).

IV. Zusammenfassung und Ausblick

Um die Bedeutung des Nationalpopulismus in Österreich zu verstehen, wurden in diesem Beitrag vor allem die Instabilitäts- und Krisenfaktoren behandelt. Abgesehen von den Schwierigkeiten, die Zukunft – besonders die wirtschaftliche Zukunft – vorherzusehen, ist vorsichtiger Optimismus angebracht. Dieser beruht auf der Erkenntnis, dass die österreichische Demokratie stabil ist. Zwar steht das politische System unter starkem Druck durch eine nationalpopulistische Rechte, die auf einer Welle autoritärer, individualistischer, fremdenfeindlicher und anti-europäischer Einstellungen im kollektiven Wertesystem reitet. Die Jugend sieht in der FPÖ und ihrem jugendlich wirkenden Vorsitzenden Strache die Vertreter einer Gegenkultur, die die politische und soziale Konformität der großen Koalition aufbrechen könnte. Letztere ist schwach und unbeliebt bei den Wählern, die ihre regierenden Politiker peinlich finden.

Dieses Faktum der Unzufriedenheit der Wähler wird jedoch kompensiert durch einen augenfälligen kollektiven gesunden Menschenverstand. Während ein kleiner Teil der Befragten auf „frischen Wind in der Politik“ sowie auf die partielle Erneuerung der „verbrauchten“ Eliten hofft, hat die große Mehrheit der Österreicher keine Lust auf ein extremistisches politisch-ökonomisches Experiment. Die Aufwertung des Prozesses der Konstruktion der EU ist ein gutes Beispiel. „Der kleine Mann“ versteht, dass Europa ein Korrektiv sein kann, also eine Chance. Die Popularität des Nationalpopulismus ist ebenfalls zwiespältig. Die Österreicher betrachten FPÖ und BZÖ als normale Parteien, die im demokratischen Rahmen agieren. Die „zweifelhaften“ programmatischen Dimensionen dieser Parteien treten in den Hintergrund; gemessen werden sie an ihrer Regierungsarbeit in der Vergangenheit und in der Gegenwart. Die erste und die zweite Koalition der ÖVP unter Bundeskanzler Schüssel regierte Öster-

35 Cf. Imas-International Report, Politinteresse im Tiefschlaf, Nr. 24, November 2009.

reich mit Hilfe der FPÖ, wie dies zuvor mit der SPÖ unter Kreisky in den 1960-er Jahren der Fall gewesen war. In den politischen Systemen der Bundesländer und der Kommunen sind die nationalpopulistischen Parteien auf allen Ebenen präsent und lenken sogar – wie in Kärnten – die Regierungsgeschicke eines Landes. Nichts in der Politik der Beteiligung der nationalpopulistischen Rechten an der Macht in Österreich hat jemals an eine nationalsozialistische Versuchung erinnert. Diese „radikale“ Rechte ist akzeptiert, und niemand macht sich wegen ihrer möglichen erneuten Machtbeteiligung in einer Koalition mit der ÖVP oder der SPÖ große Sorgen. Schließlich wird der Nationalpopulismus von den Wählern vor allem als Möglichkeit benutzt, ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen und Druck auf das politische System auszuüben, damit „sich etwas ändert“.

Schließlich bleibt die Annahme einer schweren und lang andauernden Wirtschaftskrise. Diese würde Österreich mit Sicherheit sehr hart treffen. In einem solchen Fall könnten sich die fremdenfeindlichen Einstellungen und die Versuchung des Rückzugs auf sich selbst verstärken. Aber dies gilt nicht nur für Österreich, sondern für alle europäischen Gesellschaften. Umgekehrt würden das Ende der Krise und eine erneute positive wirtschaftliche Entwicklung zweifellos das Protestpotential verringern. Die nationalpopulistische Strömung würde sicher nicht vom Wahlzettel verschwinden, ein weiteres Erstarken jedoch verhindert werden.